

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 255 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Donnerstag, 15. November 1934

Chefredakteur: M. Braun

Ein Held der Illegalität	Seite 2
Katholikenverfolgungen nach der Saarabstimmung	Seite 3
Englisch-französische Luftallianz	Seite 7
„Volksgemeinschaft“ durch Retusche	Seite 8

Vom Reichstagsbrand zur Rechtsquelle

Göring an die zum Befehlsempfang angetretenen deutschen Rechtsgelehrten

Die Akademie für deutsches Recht hat am Dienstag im Sitzungssaal des Berliner Rathauses eine Saar-Rundgebung abgehalten. Die Prominenten der Regierung und des deutschen Rechts, auch ausländische Diplomaten waren anwesend. Den Vortrag über die Rechtsfähigkeit als Grundlage der Volksgemeinschaft hielt der preussische Ministerpräsident Hermann Göring. Wir bringen die entscheidenden Stellen seiner Rede im Wortlaut, weil es wichtig genug ist, die von dem höchsten Beamten Preußens proklamierte Rechtsverwildern und parteiische Handhabung der Paragraphen im Dienste einer herrschenden Parteidiktatur genau kennen zu lernen. Was regt sich diese Gesellschaft eigentlich über „Greuelpropaganda“ auf? Jede Untat ist nach der längst Praxis gewordenen Theorie Görings straflos, ja lobenswert, wenn sie dem Parteiregime dient, das man einfach dem Vaterlande, dem Volke und dessen Wohl gleicht.

Die ungeführten mindestens 1500 Worte des H. Göring werden von Göring als „die größte Rechtsstat“ gefeiert. Also auch das Einschleichen und Einschleichen der Katholikenführer Klausener und Frohn, gegen die bis zur Stunde nicht die geringste Beschuldigung erhoben worden ist. Auch die Erziehung „aus Versehen“, wie die des Ministerpräsidenten Schmidt von den „Mündener Neuesten Nachrichten“ fallen unter diese „größte Rechtsstat“. Von welcher Wahrheitstiefe und Jurelligkeit der Führer ist, den Göring als den großen Gesetzgeber und Richter feiert, sei an seinen eigenen Worten erwiehen. Adolf Hitler hat am 13. Juli im Reichstage wörtlich erklärt:

„Eine Anzahl Gewalttaten, die mit dieser Aktion in seinem Zusammenhang stehen, werden den normalen Gerichten zur Aburteilung übergeben.“

Dieses feierliche Wort hat der „moralische Gesetzgeber der Nation“ gebrochen, wie so viele vorher und nachher, wobei doch nicht gestellt werden mag, ob er überhaupt je daran dachte, es zu halten.

Aber es ist noch der Rede Görings erklärlich, warum die „normalen Gerichte“ mit seinem Verbrechen beschäftigt werden dürfen, an dem „alte Kämpfer“ des Nationalsozialismus, Kameraden des herrschenden Parteiführers beteiligt waren. Die deutschen Richter sind im Sinne des Parteibozengesetzes noch nicht zuverlässig genug.

General Göring hauchte die „Akademie für deutsches Recht“, in der sich unter seinen Zuhörern die ehemals leistungsfähigsten des deutschen Rechtslebens befanden, wie eine Kompanie Neuzugler zu. Ihr Verhalten grenze an „Verrat!“ So hart packten sie Kämpfer des Nationalsozialismus an, wenn sie vor Gericht kämen.

Alle Welt weiß, wie Staatsanwälte und Richter zittern, wenn sie einmal einer Gerichtsverhandlung gegen einen Nationalsozialisten durchaus nicht anzuweichen können. Nach dieser Rede Görings werden nur noch Heroen des deutschen Rechtslebens, und die sind wahrlich kaum gefast, wagen, das türmer noch geltende Strafrecht, und sei es in der mildesten Form, gegen Nationalsozialisten anzuwenden.

Man lese: dieser Göring feiert den Ehrenschub, der Wittgenstein eines Reichs, in dessen Grenzen jeder Marxist, jeder Republikaner, jeder Sozialist, jeder Katholik, jeder opponierende Protestant in den Reden der regierenden Männer, in ihren Zeitungen und in ihrem Rundfunk verurteilt werden kann und immer wieder verurteilt wird, ohne daß er die geringste Möglichkeit hätte, irgendwo und irgendwie auch nur die zehnte Möglichkeit anzubringen.

Sieht man die Rede Görings genau, so fordert er geradezu, daß alle Gegner des Parteiregimes juristisch für vogelfrei erklärt werden. Rechtsfähigkeit für die politischen Gegner des Systems ist für ihn ein Verbrechen.

In diesem Sinnismus fehlt natürlich nicht das hohe Lied der Selbstlosigkeit. Ach diese Altkämpfer, Göring, Goebbels und Konforten. Die unheimlich doch jeder von ihnen ist. Vor wenigen Jahren waren sie alle bettelarm, Göring auch noch überschuldet. Er war ein richtiges Pumpgenie. Nun haben sie Paläste und Villen und Luxusautos und Jagden, Bankkonten und Bankdepots, sind allesamt Millionäre und leben im Einklang der Reichen dieser Erde. Von der Höhe ihrer brutal erworbenen materiellen Revolutionsergebnisse predigen sie dann den Millionen armen und ärmsten Teufeln, denen sie das Fett und die Warmelade rationieren, und die sie mit minderwertigen Ersatzstoffen bekleden: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.

Stillgestanden!

General Göring an die deutschen Richter

Meine Herren, die vergangene Epoche erkannte vor allem keine ausreichenden Möglichkeiten zum Schutze der Ehre an. Gewiß war alles andere gekämpft. Jeder Uebertreffer kapitalistischer Art konnte einen Rechtschlag finden, die Ehre des einzelnen aber, sie fand keinen Schutz. In den Zeitungen wurde die Ehre der Menschen zerrissen. Schmutzfäden konnten über die hochstehenden Vorgesetzten ausgegossen werden. Göring denkt wohl an Hitlers Oppositionsreden, D. Red. Die Ehre war nichts, und wenn wirklich ein Mann in dem Bewußtsein, daß keine Ehre ihm das Höchste sei, zur Selbstverteidigung dieser Ehre griff, dann wurde er wie ein Verbrecher in das Gefängnis geschickt. Darum ist auch heute der Rechtschlag der Ehre ein wichtiger Bestandteil der Rechtsfähigkeit, denn er steht alles andere voraus.

Die Rechtsfähigkeit ist daher die Grundlage jeder Volksgemeinschaft. Das gilt ganz besonders für den nationalsozialistischen Staat. Diese Lebensform beruht nicht auf Furcht und Bedrückung und steht gerade um deswillen im Gegensatz zu Totalitarismus und Willkür. Ihre Grundlage ist die wechselseitige Treue zwischen Führer und Volksgemeinschaft. Es kann aber nicht in Betracht kommen, daß der NS-Staat seine Organe, seine Machtmittel einsetzt, um den in keinem Fall zu schütten, der etwas begeht und erstreckt, was der Volksgemeinschaft schädlich ist.

Der Führer hat den Zustand der Revolution inzwischen für beendet erklärt. Wir haben uns in die Zeit geordneten Neuaufbaues durchgeschlagen. Der Führer hat in seinem Amnestiegesetz vom 7. August 1934 noch einmal in hochherzigster Weise Gnade geübt. Wer sich jetzt gegen die Weisung des Staates verkehrt, handelt gegen den Willen des Führers, handelt gegen die Weisung, gegen den Staatsgedanken und gegen unsere Weltanschauung. Er verletzt damit die heilige Treuepflicht gegenüber dem Führer; denn die Treue der Volksgemeinschaft heißt Gehorsam. Er handelt damit auch gegen die Volksgemeinschaft, die vom Willen und Willen des Führers erfüllt und getragen wird. Das gilt für jeden, aber auch jeden Volksgenossen. Wir allen Nationalsozialisten haben im Kampfe, haben in den langen Jahren der Kampfeszeit von unserem Führer gelernt, selbstlos der Sache zu dienen, und selbstlos und uneigennützig nur einem Iste hinzuzuarbeiten, der großen heiligen Liebe zum deutschen Volke, zur deutschen Volksgemeinschaft.

Wir haben nicht gekämpft, um Vorteile vor anderen zu erlangen. Gätten wir das getan, so verdienten wir nicht den Namen ehrlicher Kämpfer, so verdienten wir nicht die Achtung vor uns und unserem Kampfe, die wir heute fordern können und fordern.

Für uns gilt weiter in unserem Kampfe das große Gesetz des Führers: „Alles um des Volkes willen tun, in allem nur an das Volk und seine Gemeinschaft denken.“ Wohin es führt, wenn wir dieses Gesetz verneinen, das haben uns die Ereignisse, die wir in der Mitte dieses Jahres erleben mußten, mit erschütternder Deutlichkeit gezeigt. Die harte und entschlossene Tat des Führers war auch deshalb erforderlich, um eine Zerkünderung der Rechtsfähigkeit zu vermeiden und damit die bedrohte Volksgemeinschaft zu retten.

Meine Herren, wie ist diese vielleicht größte Rechtsstat vom Auslande mißverstanden worden!

Wie hat man zu erklären versucht, hier habe Willkür geherrscht, hier sei ohne ordentliche Gerichte verurteilt worden und Rechtliches mehr. Meine Herren, für das deutsche Volk ist das erledigt durch das Wort des Richters in dieser Stunde, des Führers, der erklärt hat: In dieser Stunde der höchsten Gefahr sei er allein der vom Volke gewählte Führer, oberster und alleiniger Gerichtsherr der deutschen Nation. Das Ansehen des ganzen Volkes, seine Zustimmung, seine dem Führer bezogene glühende Begeisterung in jenen Tagen sprach ein beredteres Zeugnis für das Rechtsempfinden des Volkes, als alle anderen Tingen je vermocht hätten. Darum bitte ich auch hier noch einmal, die Herren Richter und Staatsanwälte, gerade die heutige Lage mit einem besonderen Takt zu behandeln. Sie haben eine sehr wichtige, eine unerhörte notwendige, aber auch sehr schwierige Aufgabe. Noch denken wir alle zunächst noch an die jahrelange leidenschaftliche Kampfeszeit gegen einen Staat, den wir gekämpft haben und dessen Geiseln wir nicht anerkennen konnten.

Aus diesem Grunde dümmert und schlägt noch in zahllosen unserer Kämpfer das Gefühl, daß ihnen Unrecht widerfährt von dem damaligen Staat, durch den Mund der damaligen Richter, die auch heute noch im Amte sind.

Englischer Brief

O. G. London, 11. November.

Mit einer fast überraschend anmutenden Flüchtigkeit ist die Außenpolitik wieder in den Vordergrund des Interesses in England gerückt. Nachdem man sich in der vorigen Woche noch im wesentlichen um die Gemeindefragen, um das „Aufreizungsgesetz“ und um das Wettgesetz gestritten und unterhalten hatte, stehen jetzt ganz andere Dinge im Vordergrund. Es ist, als ob man plötzlich das ungeheure Bedrohliche der europäischen Situation erkannt habe. Die Saarfrage, die französische Kabinettskrise, die Englandreise des Herrn von Ribbentrop, Deutschlands „geheime“ Rüstungen, das Problem des Waffenhandels — kurz die furchtbare Kriegsgesfahr, die über der Welt schwebt, ist heute der Hauptgegenstand der Presse Diskussion.

Waffenstillstandstag

„Daß wir nicht vergessen“ — so lautet das Motto des Waffenstillstandstages, des 11. November, in England. Es ist ein Totengedenktag, keine lärmende Siegesfeier — obgleich doch dieser Tag den Sieg des Britischen Weltreiches nach seinem größten, blutigsten und schwersten Kampfe besiegelte. Nicht einmal das nationalstiftende Volk rührt die Siegestrommel. Auch die Totengedenkfeier wird nicht zum billigen Geldehult herabgewürdigt. Man ehrt die Toten mit dem heißen Willen „Nie wieder“. Wer die Leitartikel in den Zeitungen aller Richtungen an diesem Tage liest, erkennt, wie tief und echt der englische Friedenswille ist. Doch noch ein anderes zeigt dieser Tag. Schlicht ist die Feier am Ehrenmal, wenn der König den Kreuz niederlegt und wenn zwei Minuten Schweigen im ganzen Reich herrscht. Kein militärischer Tamtam — auch hier wiegt Zivil vor — und keine bombastischen Reden vom „herrlichen Tod auf dem Schlachtfeld“. Stil und Würde kennzeichnen diesen Tag, wie sie so vieles andere in England kennzeichnen. Es werden Mahnblumen aus Papier verkauft, um an diesem Tage für die Kriegsgesamter zu sammeln. Niemand, der keine Blume trägt, jeder gibt, was er zu geben wünscht. Es kommt stets eine stattliche Summe zusammen — ohne Rummel und Lärm, ohne Gebelster von „Volksgemeinschaft“ und „Sozialismus der Tat“, ohne Pranger und ohne Eintopftheater. Stil und Würde auch hier. Scham und Reiz erfüllen den Deutschen, der das miterlebt.

Erkennt England die Gefahr?

Man sieht in England, den Kopf vor unangenehmen Entwicklungen in den Sand zu stecken. Das ist an dieser Stelle wiederholt gezeigt worden. Man wachte die Gefahr, die das Hitlerregime für Europa bedeutet, nicht sehen. Beginnt man jetzt zu erwachen?

Die Presse widmet mehr und mehr Raum der deutschen Aufrüstung. Die „Times“ machte darauf aufmerksam, daß Schachts „Neuer Plan“ und die ganze Wirtschaftspolitik nicht nur ökonomische Bedeutung haben, daß die meisten dieser Pläne selbstamerweise auf das Jahr 1937 abgestellt sind, wo auch die Autostraßen fertig sein sollen. Der „Daily Telegraph“ besaßte sich sehr gründlich mit den Einzelheiten der deutschen Rüstungen und hielt das Interesse daran durch Veröffentlichung einer lebhaften Korrespondenz im Auspropheten aufrecht. Die „Daily Mail“ Lord Rothermeres bringt täglich Alarmartikel, freilich mit dem ausgesprochenen Zweck, radikale englische Aufrüstung zu fordern — bei dem Charakter dieses üblen Blattes kann man nicht sicher sein, daß dabei nur ideale Motive mitspielen. Auch die konservative „Morning Post“ hört nicht auf zu warnen.

Und nicht nur die Presse ist alarmiert. Lloyd George, der noch vor kurzem sich dafür verbürgte, daß ein Krieg ausgeschlossen sei, da Deutschland militärisch so schwach sei, daß schon die Tschechoslowakei es besiegen könne (wie kann ein einst führender Staatsmann so blind sein!), rührte jetzt in einer Rede die Alarmglocke. Noch ist der Wille überwaltigend stark, das Unheil zu vermeiden; aber schon reut sich banter Zweifel, ob es gelingen wird.

Nur keine klaren Verpflichtungen

Immer noch geht die Tendenz der englischen Politik und vor allem der öffentlichen Meinung dahin, den Krieg zu vermeiden, und zwar dadurch, daß man sich möglichst aus den europäischen Konfliktzonen fernhält und daß man Deutschland durch halbes Entgegenkommen begünstigt. Das zeigte sich in der Haltung Englands zur österreichischen Frage. Unter fast allgemeiner Zustimmung der öffentlichen Meinung lehnte die englische Regierung jede Verpflichtung ab, die mehr bedeutete als leere Worte, und machte dadurch eine wirkliche Lösung unmöglich.

Fast genau das gleiche Bild sieht man in der Saarfrage. Eine aktive Beteiligung englischer Truppen an einer Völkerbundsaktion gegen einen Putsch wurde glatt für unmöglich erklärt, obgleich eine Aktion Frankreichs als Treuhänder des Völkerbundes für gerechtfertigt erklärt wurde. Ein Teil der Linken, die theoretisch stets Kollektivaktionen gegen den Angreifer fordert, lehnte nicht nur die englische Regierung ab, sondern machte sogar Frankreich Vorwürfe — voran wieder einmal der „Daily Herald“, auf dessen verworrene Außenpolitik die verständigen Führer der Labour Party keinen Einfluß mehr zu haben scheinen.

Herr von Ribbentrop jagt Moorhühner

Und auch anlässlich des englischen Besuches des Herrn von Ribbentrop zeigt sich wieder Ähnliches. Herr von Ribbentrop, Hitlers Sekretär (Verzeihung: Abtrünniger) Reisender ist in London auf der Durchreise. Angeblich will er in Schottland Moorhühner jagen. Seltsam, daß Hitlers Diplomaten immer zur Jagd ins Ausland reisen. Papen schoß Böcke in Ungarn, Elche in Schweden, Ribbentrop schießt Moorhühner in Schottland — und das alles trotz Reichsjägermeister Göring (den hohle englische Zeitungen stets „headhunter“ nennen, was doppeldeutig gleichzeitig Übersäger und Kopfsäger bedeutet). Doch zurück zu Ribbentrop. Angeblich kommt er mit einem neuen Angebot von Hitler. Deutschland soll bereit sein, in den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz zurückzukehren und sogar evtl. den Ostpakt zu unterzeichnen, wenn vorher die Hinsichtigkeit des Teil V des Versailler Vertrages, der die Abrüstung Deutschlands regelt, anerkannt wird. Es gibt in England Kreise, die um des Friedens willen dazu bereit sind und sich noch stolz als „Realisten“ bezeichnen, da ja Deutschland doch rülzt und man nur eine vollendete Tatsache anerkenne. Daß Hitler mit dieser Taktik nur England und Frankreich trennen will und den Völkerbund, der eine einseitige Vertragsannullierung feierlich sanktionieren soll, vollends zu einem Humbug machen will, sehen diese „Realisten“ nicht.

Zeichen der Einsicht

Und doch, es wäre falsch, nicht die Wandlungen zu zeigen, die man gerade in den letzten Tagen überall spürt. Da brachte die „Times“ einen bedeutsamen Artikel über Oesterreich, in dem für jeden, der die „Times“-Sprache lesen kann, klar erklärt wird, daß nur eine unabweisende Haltung Englands Oesterreich retten könne und damit den Frieden in Mitteleuropa. Das sind neue Töne, deren Bedeutung nicht verkannt werden darf, zumal noch die „Times“ über gute Beziehungen zum Foreign Office verfügt.

Weiter: Während bisher Saardokumente, die die Tätigkeit der „deutschen Front“ kennzeichnen, gar nicht oder nur sehr verkürzt in der englischen Presse publiziert wurden, sind die jüngsten Enthüllungen der Regierungskommission in fast allen Blättern in größter Aufmachung und Ausführlichkeit erschienen. Auch sind alle Angriffe gegen Frankreich wegen der Einmarschdrohung in Putschsalle auch in der Linkspresse verstummt. Ist man sich der englischen Verantwortung bewußt geworden?

Macdonald warnt Deutschland

Und schließlich: Alljährlich im November findet die feierliche Amtseinführung des Lord Mayors von London statt. Dieses Amt ist ein fast lediglich repräsentatives, aber es gibt Gelegenheiten zu zwei Dingen am Tage der Amtseinführung: zu einem karnevalsartigen Festumzug (der meist, so auch diesmal, durch Regen gestört wird) und zu einem Festessen in der Guildhall, bei dem der Ministerpräsident eine hochpolitische Rede zu halten pflegt. Die Rede Macdonalds war diesmal im allgemeinen nicht sehr inhaltsreich, nur eine Stelle war hochbedeutend. Als er von Englands Friedenspolitik sprach, erklärte er, daß seine Regierung gemeinsam mit Frankreich und Italien für den Frieden Europas kämpfe. Macdonald, ausgerechnet Macdonald, der mit dem Nazistystem gewisse Sympathien hat, und der sich mit Mussolini in die Vaterschaft des sogenannten Biererpakts teilt, hat Deutschland nicht erwähnt. Das wäre schon genug gewesen. Aber, um wirklich verstanden zu werden, wurde er ganz deutlich und forderte Deutschland auf, seine Isolierung aufzugeben, die es nur in ein Gefühl der Bitterkeit hineintreibt. Das ist, in der höflichsten Form natürlich, eine Erklärung an Deutschlands Adresse, daß England mit Frankreich und Italien zusammen steht. Herr von Goesch, der beim Essen dabei war, wird verstanden haben. Er wird auch begriffen haben, daß eine solche Erklärung aus dem Munde Macdonalds, der das außenpolitische Halbdunkel liebt und klare Entscheidungen haßt, von doppelter Bedeutung ist.

Ein Memorandum aus dem Jahre 1907

Und nun erscheint gerade in diesen Tagen ein wichtiges Dokument, publiziert von den „Freunden Europas“, eine Organisation, die England über die Nazis aufklärt. Dieses Dokument ist ein Memorandum des früheren Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Eric Crowe, aus dem Jahre 1907. Dieses Memorandum schildert die Außenpolitik des wilhelminischen Deutschland, die unter dem Schlagwort „Platz an der Sonne“ (Gleichberechtigung) immer stärker aggressive

Vom Reichstagsbrand zur Rechtsquelle

Vortsetzung von Seite 1

Sie mögen sich nur einmal in die Seele dieser kleinen Kämpfer hineinversetzen und mögen daraus erkennen, was für eine unerhörte wichtige Aufgabe sie heute zum Zusammenhalten der Volksgemeinschaft haben. Sie müssen auf der einen Seite das unerbittliche Recht sprechen lassen, auf der anderen Seite darf die ihnen durch unsere Autorität gegebene Machtstellung nicht mißbraucht werden, um, wie es bei Richtern, die innerlich die Volksgemeinschaft des R.E.-Staates nicht anerkennen wollen, vorgekommen ist, die schwersten Härten des Gesetzes insbesondere gegen Nationalsozialisten sprechen zu lassen. (Vebh, Weis.) Viele Arbeit von uns im Aufbau des Staates, viel reden und predigen von uns, um das Rechtsempfinden im Volke zu stärken und um das Recht wieder in seine alte Sicherheit einzuführen, wird zerstört, wenn der einzelne fühlt: Die Strafe gegen mich fällt nach dem härtesten Strafmaß aus, nicht um der Tat willen, die Du getan hast, sondern weil Du Nationalsozialist bist; man will nicht mich, man will die Bewegung treffen. Ja, da muß ich sagen, da jündet man einen gefährlichen Funken an, und wenn ich das Empfinden haben muß, daß das mit Absicht geschieht, dann sage ich weiter:

Das grenzt auch an Verrat.

Wenn erst in das Empfinden des Volksgenossen das Gefühl kommt, daß seine Führer ihn verlassen und verraten haben, daß er wie in früheren Zeiten unter einem Präning und Ordnern deshalb erneut und erschwert verfolgt wird, weil er Nationalsozialist ist,

dann hat das selbstverständlich mit Recht nichts mehr zu tun, und mag zehnmal die ästhetische paragrafenmäßige Form hier Recht sprechen, mag zehnmal der Richter sagen: Ge-

legmäßig bin ich gezwungen, die Höchststrafe anzupprechen, wenn jeder das Empfinden hat, daß dieses Recht ein Faustschlag ins Gesicht des wahren Rechtsempfindens des Volkes ist.

Hier muß ich betonen: Gerade bei den Ministern und Staatsanwälten heißt es, Hand in Hand mit uns die neue Rechtschaffenheit aufzubauen, von allen Seiten, aber im nationalsozialistischen Geist, der Verfassendes in sich trägt.

Volksgemeinschaft, meine Herren, verlangt Selbstlosigkeit. Sie verlangt aber auch Vertrauen und hilfsbereites Verhalten jedes einzelnen gegenüber den Volksgenossen. Kalte Milde, falsche Humanität sorgen nur dafür, Rechtsbegriffe und Rechtschaffenheit zu untergraben, zu unterwählen, zu zerstören. Falsche Milde hat zu allen Zeiten die Rechtschaffenheit zerstört und den Staat selbst untergraben. (Vebh, Weis.)

Wir Nationalsozialisten haben kein Verständnis für überesperte Rechtschaffenheit. Wir lehnen es ab, jedem Querschnitt und Denunzianten die Möglichkeit zu ungetrübtem Ausleben seiner lästigen und gefährlichen Neigungen zu geben.

Wir bezeichnen es nicht als Rechtschaffenheit, wenn der Staat seine Organe und seine Machtmittel denen treulich zur Verfügung stellt, die unter diesem Schutz ihn und seine Zwecke bekämpfen wollen.

Das ist für uns ebenfalls nicht Rechtschaffenheit, sondern Verbrechen am Volk und seiner Gemeinschaft.

Rechtsjustizkommissar Dr. Frank feierte diese Rede als eine Paroleausgabe. Er hätte noch treffender sagen können: eine Reichsaussage des Generals und Ministerpräsidenten an die deutsche Justiz.

Ein Aufrechter

„Ich werde von den Zielen des Kommunismus nicht abgehen“

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht folgenden Gerichtsbericht der nur schwer die Bewunderung für die Charakterstärke eines angeklagten Kommunisten verbergen kann:

Vor dem Ersten Senat des Volksgerichtshofes hatte sich gestern ein „prominenter“ Vertreter der NSD. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition) zusammen mit seinem Komplizen zu verantworten. Angeklagt war der 38 Jahre alte Bezirksleiter der NSD., Ernst Busse, seine Geliebte, die 26 Jahre alte Anna Wiehle, die ihm als Sekretärin Dienste leistete, und das Ehepaar Paul und Ida Grohmann.

Busse ist schon ziemlich frühzeitig in die kommunistische Bewegung hineingeraten. Er wurde bereits vor mehreren Jahren politischer Leiter der NSD. im Bezirk Mittelrhein. 1932 wurde er für den Wahlkreis Köln in den Reichstag gewählt. Am Januar 1933 bereitete er den Kongreß der NSD. für das Rheinland in Düsseldorf vor, der unter seiner Leitung stehen sollte, aber von der Polizei verboten wurde. Der Angeklagte hat jedoch ein für diesen Kongreß bestimmtes Heftblatt, das sich namentlich an die Eisenbahner richtete, in großen Massen verbreitet. Später arbeitete er für die illegal NSD. Er wurde von dieser, als ihm der Boden im Rheinland zu heiß wurde, nach Erfurt delegiert, weil er dort weniger bekannt war.

In seiner heutigen Vernehmung war Busse außerordentlich offenherzig. Er erklärte, daß er auch nach dem Verbot für die Ziele der kommunistischen Partei eingetreten sei, und er gehand auch zu, daß es „ohne erhebliche Menschenopfer nicht abgehen“ werde, wenn die kommunistische Partei jemals zur Macht käme. Er werde jedenfalls, so erklärte er weiter, von den Zielen der Kommunisten nicht abgehen. — Das Gericht verurteilte Busse zu der gesetzlichen Höchststrafe von 3 Jahren Zuchthaus; die Angeklagte Wiehle, die als Mitarbeiterin angeklagt wurde, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis; Paul Grohmann erhielt wegen Beihilfe ein Jahr sechs Monate Gefängnis, während bei Frau Grohmann das Verfahren eingestellt wurde, da ihr nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie Kenntnis von den hochverräterischen Verbrechen ihres Ehegatten gehabt hat. Den Verurteilten wurde je ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Massenverhaftungen

Köln, 14. Nov. Aus zahlreichen Orten des Reiches werden Massenverhaftungen angeblich illegal arbeitender Sozialdemokraten gemeldet. Es ist nicht zweckmäßig, über Einzelheiten zu berichten. Nach einer Mitteilung der Staatspolizei stelle für den Regierungsbezirk Aachen wurden in Baesweiler, einem Jochenort im Burmsohlenrevier, innerhalb einer Aktion gegen illegale Bestrebungen 38 Personen festgenommen.

Tendenzen zeige, trotz wiederholter Friedensbeteuerungen. Crowe zeigte auch, wie England von 1884—1907 verhandelt habe, diese aggressiven Tendenzen durch Nachgiebigkeit zu beseitigen, in der Hoffnung, dadurch Deutschland befähigen zu können. Das Gegenteil sei eingetreten: jede Konzession habe neue Forderungen erweckt. Dieses Dokument ist erschreckend aktuell. Ob es wohl reiner Zufall ist, daß es gerade jetzt veröffentlicht wird?

Debatte um die Rüstungsindustrie

Im Unterhaus gab es eine interessante Debatte um die Rüstungsindustrie. Die Labour Party hatte einen Antrag für Verstaatlichung eingebracht, der von Major Atlee in einer eindrucksvollen Rede begründet wurde. Ihm antwortete Außenminister Simon in einer schlechtin miserablen Rede, in der er, der hervorragende Jurist, mit kleinlichen Advokatenkniffen arbeitete und die Debatte auf Nebenfragen zu lenken suchte. Auch Austen Chamberlain hatte keinen guten Tag. So hatte es Baldwin als letzter Redner für die Regierung schwer, den Eindruck zu retten, obgleich die sachliche Entscheidung des Unterhauses gegen den Labour-Antrag keinen Augenblick zweifelhaft war bei der Riesenherrschaft der Konservativen. Selbst die konservative Presse greift Simon wegen seiner Rede scharf an. In dieser Rede hat Simon u. a. gegen einen privaten „Volksentscheid“ polemisiert, den die englische Völkerbundsliga unter Lord Cecils Führung zur Zeit veranstaltet. In diesem Volksentscheid werden 6 Fragen gestellt: 1. Soll

Wie sollte es auch anders sein?

Wir haben in der „Deutschen Freiheit“ vor einigen Tagen in unserem Leitartikel „Die Lavine rollt“ betont, daß der „Kampf“ gegen die Freisprengung, an der die dilletantische und verantwortungslose „Wirtschaftspolitik“ der Hitler-Regierung die Schuld trägt, sich in eine neue Serie von Judenverfolgungen ausarten wird. Unsere Vermutungen haben sich, wie aus nachfolgender Meldung hervorgeht, noch rascher bestätigt als wir angenommen haben.

Dortmund, 13. Nov. Auf Grund einer behördlichen Anordnung wurde eine neue Aktion zur Prüfung der Preise in gewissen Detailgeschäften veranlaßt. Dabei hat sich, wie amtlich gemeldet wird, herausgestellt, daß ein „jüdisches Kleidergeschäft“ zu hohe Preise für Arbeiterbekleidung gefordert habe. Das Geschäft wurde geschlossen. Auf Anordnung des Kreisberger Kreisverwaltungspräsidenten wurde dem Inhaber eine Geldstrafe von 10000 Mark auferlegt und das gesamte Betriebskapital beschlagnahmt. Die große Preisunterbindung begann also sich als Aktion gegen die jüdischen Geschäfte zu entfalten, während die Kartelle und die großen Rohstoffproduzenten nach Belieben Preiserhöhungen ankündigen können.

Frankfurt a. M., 13. Nov. Die der Frankfurter Polizeipräsidenten mittelst hat ein jüdischer Stoffgroßhändler in Frankfurt seinen Bedarf beim Großhändler gekauft und verkauft an Großhändler weiter. Solches Geschäftsgeschäft ist geeignet, die Preise für Stoffe zum Schaden des Verbrauchers zu verteuern. Das Warenlager wurde daher beschlagnahmt und ein Verfahren gegen den Händler eingeleitet. Er hat empfindliche Strafe zu erwarten. Das Vorkommnis gibt Veranlassung, alle Textilhändler zur strengsten Innehaltung der bestehenden Verordnung zu ermahnen. Gegen Pflichtwidrige wird rücksichtslos vorgegangen.

Kirche und Sterilisation

Berlin, 12. Nov. Die beiden Mitglieder der katholischen theologischen Fakultät in Braunsberg, Prof. Dr. Eichweiler und Prof. Dr. Barion, haben vor einigen Monaten ein Gutachten zur Frage der Sterilisation abgefaßt, in dem sie zu dem Ergebnis kommen, daß sich die Sterilisation mit den Anschauungen des Katholizismus vereinbaren lasse. Zur Begründung dieser These haben die beiden Professoren eine der katholischen Lehre bisher nicht geläufige Trennung von Weltanschauung und Religion vorgenommen. Der heilige Stuhl hat dieses Gutachten abgelehnt und verurteilt. Die beiden Professoren sind daraufhin ihrer Ämter enthoben worden.

Berlin, 12. Nov. Der katholische Bischof von Berlin, Bared, hat neben dem „Anatoli“ gegen ihn gerichteten Artikel parliert. In dem „Katholischen Kirchenblatt“ unterzieht er die religiöse Doktrin der Nationalsozialisten einer unerbürdigen Kritik und appelliert an Katholiken wie an Protestanten, sich in ihrem Kampfe zu vereinigen.

England im Völkerbund bleiben? 2. Ist eine allgemeine internationale Abrüstung erwünscht? 3. Soll die Luftwaffe international beseitigt werden? 4. Soll die Waffenindustrie verstaatlicht werden? 5. Sollen alle Völkerbundsländer gemeinsam gegen einen Angreifer einschreiten a) mit ökonomischen und finanziellen Mitteln, b) mit militärischen Mitteln? Die Völkerbundsunion wünscht natürlich die Bejahung der Fragen. Aber würde selbst eine Riesenherrschaft im Augenblick praktische Bedeutung haben?

Warum Flandin populär ist?

Die Regierung Flandin hat in England eine ausgesprochen gute Presse. Zunächst hatten die konservativen Blätter den Sturm Doumergues bedauert, aber als sich zeigte, daß die gefährlichsten Folgen nicht eintreten, und als Flandin seine Burgfriedensregierung so schnell gebildet hatte, atmte man allgemein erleichtert auf, man ist wohl allgemein froh, daß man den dickköpfigen Alten so einfach los geworden ist. Amüsant, wie Flandin am Abend der Krise den englischen Rundfunkhörern beschrieben wurde. 1. Er ist der längste französische Abgeordnete. 2. Er ist relativ jung. 3. Er spricht fließend englisch. 4. Er hat viele Freunde in England. 5. Er hat oft schottische Moorhühner geschossen (das scheint wirklich ungeheuer wichtig, die armen Wäster machen Weltgeschichte). 6. ufm. einige Ausführungen über seine politische Stellung und seine Befähigung. Das also ist die Reihenfolge der Einschätzung. Vergeht nicht, schottische Moorhühner zu schießen! Herr v. Ribbentrop hat Chancen.

Status quo — ein neuer völkerrechtlicher Zustand?

Anlaßlich einer Polemik über die Zukunft der Hei- delberger Abrede hat die Saar-Korrespondenz einen anscheinend offiziellen Artikel gebracht, der in der Presse der „deutschen Front“ mit viel Beifall veröffentlicht worden ist, ohne daß diese Herrschaften dabei bemerkt haben, wie sie ihrer selbst spotteten und wie sie auf einmal ihre ganzen früheren Behauptungen selbst dementierten.

In diesem Artikel wurde nämlich vorgebracht, daß „sofern die Abstimmung für den Status quo ausfalle, dadurch eine wesentliche Aenderung in den maßgebenden Verhältnissen beider Gebiete eintrete. Jede gegenteilige Auffassung bedeute eine vollkommene Verkennung des Charakters des Status quo. Dem Status quo bedeute keineswegs die Aufrechterhaltung des gegenwärtig im Saargebiet gültigen völkerrechtlichen Zustandes, wie aus dem Wortlaut des § 33 des Saarstatuts ersichtlich würde. Es wird sodann dieser Wortlaut zitiert, der in der amtlichen deutschen Übersetzung des maßgebenden französisch-englischen Textes lautet: „Beschließt der Völkerbund für das ganze Gebiet oder einen Teil die Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag und dieser Anlage geschaffenen Rechtsordnung, so verpflichtet sich Deutschland schon jetzt zugunsten des Völkerbundes sowie dies der Völkerbund für nötig erachtet, zu verzichten.“ — Die Saar-Korrespondenz führt dann weiter aus, daß, während also die gegenwärtige Regelung nach § 49 des Saarstatuts lediglich den zeitweiligen Verzicht des Reiches auf die Regierung des Saargebietes vorsehe, eine Volksabstimmung zugunsten der Aufrechterhaltung des sogenannten Status quo — der eben tatsächlich kein Status quo, keine Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, sondern nur eine irreführende Bezeichnung für einen vollkommen neuen völkerrechtlichen Zustand sei, den Verlust auch der Staatshoheit des Reiches über das Saargebiet zur Folge habe. Es dürfte dadurch also unbedingt eine wesentliche Aenderung eintreten, indem dann die politische Grenze des Deutschen Reiches nicht mehr westlich, sondern östlich des Saargebietes verlaufe.“

Man muß diese Ausführungen mehrmals lesen, ehe man ihren Sinn voll erfasst hat. Denn damit helfen die Herren Propagandisten ihre ganze bisherige Taktik vollständig um. Bisher ist immer wieder das Gegenteil gesagt worden, ist immer wieder behauptet worden, daß gerade der Versailles-Vertrag, wenn er die Möglichkeit des Status quo vorsehe, jedwede Aenderung verbiete, also keineswegs etwas Neues schaffe. Und jetzt auf einmal ist von einem neuen völkerrechtlichen Zustand die Rede.

Es genügt darauf hinzuweisen, daß früher der Kronzeuge der „deutschen Front“ immer wieder Herr Dr. Kurt Groten war, dessen Broschüre („Die Volksabstimmung im Saargebiet“) immer wieder wie ein Evangelium zitiert wurde. Gerade Kurt Groten erklärte aber immer wieder,

daß der Status quo nichts anderes bedeute, als die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes, ohne die geringste Aenderung.

Zunächst einmal sind die Zitate, wie sie die Saar-Korrespondenz gibt, nicht einmal unbedingt richtig. Denn in dem Artikel 49 des Saarstatuts kommt das Wort „einseitig“ gar nicht vor. Es heißt einfach: „Deutschland verzichtet zugunsten des Völkerbundes, der insoweit als Treuhänder gilt, auf die Regierung des oben bezeichneten Gebietes“. Es ist dies also ein glatter Verzicht, der in keiner Weise sich von dem unterscheidet, zu dem Deutschland sich in dem § 33 der Anlage betreffend die Beibehaltung der bisherigen Rechtsordnung zugunsten des Völkerbundes verpflichtet. Gewiß heißt es in dem ersten Satze „Regierung“ und im zweiten Satze „Souveränität“, praktisch ist aber der Unterschied bezüglich des Verzichts nicht vorhanden.

Etwas anderes ist es allerdings, was die Möglichkeit der zukünftigen Gestaltung und der zukünftigen Verfassung des genannten Gebietes angeht. Hier haben wir schon darauf hingewiesen, daß eben durch den sogenannten § 33 der Anlage die Möglichkeit gegeben ist, die augenblickliche gemäßigten provisorische Verwaltung des Saargebietes in eine solche umzuwandeln, die für einen Dauerzustand geeignet ist. Auch wir wollen hier einmal zitieren. Es heißt ausdrücklich: „Es ist Sache des Völkerbundes, durch geeignete Maßnahmen die endgültig eingeführte Rechtsordnung mit den dauernden Interessen des Gebietes und dem allgemeinen Interesse in Einklang zu bringen.“

Wenn wir diese Feststellungen trafen, so hat uns die Gegenseite immer wieder entgegengesetzt, wir seien Fantasten, und das Saarstatut erlaube gar keine Aenderungen der augenblicklich getroffenen Verwaltungsmassnahmen. Vielmehr müßte das bisherige „Kolonialregiment“ dauernd bestehen bleiben. Inwiefern ist also dieses Einverständnis, das den Herrschaften in dem Wunsche, nur ja die Möglichkeit einer Kündigung der Hei delberger Abrede zu beweisen, widerwillen entschlüpft ist, außerordentlich wertvoll. Wie weit tatsächlich diese Möglichkeit geht, wie weit tatsächlich ein neuer völkerrechtlicher Zustand nach einer Abstimmung für den Status quo eintreten kann, wie weit dies insbesondere für alle wirtschaftlichen und alle sonstigen Fragen gilt, und wie weit insbesondere die endgültig eingeführte Rechtsordnung (der französische Text spricht von einem „status définitif“) die Möglichkeit zuläßt, daß später die Bevölkerung des durch die Abstimmung zunächst selbständig gewordenen Gebietes, deren deutscher Charakter ja niemals angezweifelt worden ist, noch werden kann, dann noch erneut einer Frage des Anschlusses an ein wieder freiheitlich-demokratisch regiertes Deutschland näher treten kann, alles dies zu untersuchen, soll weiteren Artikeln vorbehalten bleiben. J. R.

Hitlerismus gegen Katholizismus

Unversöhnliche Gegensätze

Der Botenglaube war zwar im Sterben, aber die heiligen Gaine, in denen „der Wode“ verehrt wurde, blieben das Ziel germanischer Wallfahrer. Alle Vernichtung der Botensaiten und alle Verwünschungen des alten Glaubens halfen nichts. So wurden an die Stelle Wotans christliche Märtyrer und Heilige, wie der heilige Martin, gesetzt. Mantel, Schwert und Hofs waren seine Abzeichen (also die Sinnbilder Wotans), die ehrwürdigen Gaine des Schwertgottes wurden auf diese Weise die Stätten des heiligen Martin, des Kriegsheligen, der noch heute von deutschen Wallfahrern (vergl. Schwertlöcher Kapelle) verehrt wird. Auch St. Georg und St. Michael sind Umbenennungen altnorðischer Weisheitsbilder, die durch diese „Taufe“ in den Bereich der Verwaltung der römischen Kirche gerieten. Die „Teufelinn“ Frau Venus, verwandelt sich in die hl. Pelagia; aus Donar, dem Donnerer und Wolkengott, wird der den Himmel bewachende hl. Petrus, den Wotanscharakter des wilden Jägers erhält St. Oswald zugeteilt und auf Kapitälen und Schnitzwerken wird der den Todeswolf zerreichende Erlöser Widar abgebildet (s. B. Kreuzgang in Berchtesgaden), Widar, der den vom Heirisswolf verhängenen Odin retten will und das Ungeheuer tötet. Der Vergleich mit Jesus liegt auf der Hand.

Alfred Rosenberg, der vom Führer und Reichskanzler mit der weltanschaulichen Erziehung der Nation beauftragte Theoretiker des Nationalsozialismus in seinem Buche „Der Mythos des 20. Jahrhunderts“, Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltenkämpfe unserer Zeit, 13.—16. Auflage, Seite 163/164.

Das Buch ist von der nationalsozialistischen Regierung allen Lehrerbibliotheken als geeignet empfohlen und in vielen Fällen auch katholischen Buchereien zwangsweise eingegliedert worden.

Kulturkampf nach der Saarabstimmung?

„Jeden Widerstand niederwerfen“

Das „Wiener Neue Tagblatt“ (12. Nov.) schreibt: „Während das dritte Reich den Kampf um die Gleichstellung der evangelischen Kirche trotz der schweren Niederlage nicht aufgibt, ist es im Kampfe zwischen der katholischen Kirche und dem dritten Reich“ seit einigen Monaten in aller Stille zu einem nichtverabredeten Waffenstillstand gekommen. Die Kirche als auch das herrschende Regime verhalten sich gegenseitig auffallend ruhig, aber nicht ohne abwartend. Im nationalsozialistischen Deutschland sind seit der Erziehung des Berliner Leiters der katholischen Aktion, Dr. Klauener, und des Reichsführers der katholischen Jugendkraft, Adalbert Probst, am 1. Juni keine weiteren Angriffe auf die Vertreter des Katholizismus unternommen worden. Der Grund dieses heiligeren Verhaltens liegt in der kommenden Saarabstimmung. Es ist die Absicht der nationalsozialistischen Parteiführer und auch des Reiches, vor allem die Saar Katholiken nicht durch Aktionen zu beunruhigen und vom Reiche abzuholen.“

Trotzdem glaubt man in katholischen Kreisen, daß sich nach der Saarabstimmung die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche fortsetzen werde. Gewisse Kreise glauben sogar, daß sich die Auseinandersetzung in einem leidenschaftlichen Kulturkampf auswirken werde.

Die Situation der katholischen Kirche ist heute zweifellos viel schwerer geworden. Man kann in den katholischen Zeitungen täglich betrogene Artikel lesen. So veröffentlicht das „Katholische Kirchenblatt“ in seiner letzten Nummer einen von tiefer Sorge getragenen Bericht über eine Rede des Reichsjugendführers Baldur v. Schirach, die er am 3. d. M. anläßlich eines Pressehalbeskurses der Hitler-Jugend gehalten hat. Baldur v. Schirach gab die Versicherung, der Weg Alfred Rosenbergs sei auch der Weg der deutschen Jugend. Es gehe um die Totalität. Er vermöge nicht einzusehen, warum es neben der Hitler-Jugend noch konfessionelle Sonderbünde geben soll. Die Nationalsozialisten können von diesem Prinzip nicht abgehen, daß alle Jugend ihnen gehöre. Dieses Ziel würden sie unverrückbar im Auge behalten und jeden Widerstand niederwerfen.“

Volkszeichnung für den Rückkauf der Saargruben?

In Berliner Regierungskreisen ist man sich darüber im klaren, daß im Falle einer Mehrheit bei der Abstimmung für Hitler, die Frage der Rückgliederung dennoch in Frage steht, weil bei dem finanziellen Bankrott des Reiches ein Rückkauf der Saargruben, der im Vertrag vorgesehen ist, und in Gold erfolgen soll, praktisch unmöglich erscheint. Nach einer Mitteilung der gut unterrichteten „Prager Presse“ soll nun die Berliner Regierung die Absicht haben, eine Volkszeichnung für den Rückkauf der Saargruben zu eröffnen, wenn die Abstimmung für Hitler günstig ausfällt. Man wird das deutsche Volk in einem besonderen Aufruf für diese Zeichnung auffordern und betonen, daß das Volk dieses neue Opfer für die Zukunft der Nation bringen müßte.

Selbst wenn diese Nachricht richtig wäre, so muß betont werden, daß es sich nicht darum handelt, eine Summe von ungefähr 300 Millionen Goldmark in Reichsmark aufzubringen, sondern, daß das große Problem in der Transförierung dieser Summe in Form von ausländischen Devisen besteht. Diese aber fehlen gerade dem bankrotten „dritten Reich“.

Pirro und der unbequeme französische Journalist

Herr Dr. Becker in Straßburg schreibt uns: Die Direktion der Straßburger Zeitung „La République“ hat mich mit einer Enquete über die Saar beauftragt. Bereits am ersten Tage meines Quartiers sprach ich bei der Landesleitung der „deutschen Front“ vor und kam um ein Interview mit Herrn Pirro ein. Herr Pirro hat mich abgewiesen, so daß ich mich veranlaßt sehe, ihm den nachfolgenden Brief zu schreiben, dessen Inhalt ich Ihnen hiermit zur freien Verfügung stelle.

Monsieur Jacques Pirro Landesleiter der „deutschen Front“ Saarbrücken, Waterloostraße

Monsieur, Im Verlaufe einer journalistischen Enquete, die ich zur Orientierung der Leser meines Blattes und im Auftrag meiner Betriebsdirektion im Saargebiet zur Zeit führe, habe ich sowohl hier in Saarbrücken als an anderen Orten des Saargebietes mit den verschiedenen Lesern Sählung genommen.

Einer meiner ersten Besuche galt selbstverständlich Ihnen, als dem Exponenten einer politischen Vereinigung, die sich die Stärke des Saargebietes nennt.

Am Dienstmittwoch sprach ich ein erstes Mal vor. Sie ließen mich sagen. Sie ließen nicht da und haben mich, Ihren Angehörigen meine Karte zu überlassen. Ich tat es und rief am Mittwoch früh 10 Uhr an, um, wie verabredet, den Bescheid abzuholen betr. einer Empfangsstunde.

Ihr Sekretariat hat mich, um 15 Uhr vorzupfechen zu wollen. Punkt 15 Uhr war ich zur Stelle.

Endlich um 16.15 Uhr teilte mir eine Ihrer Ordonnanzgen mit, daß Sie mich nicht empfangen könnten.

Jede weitere Frage war umsonst. Sie sind mir keine Aufklärung schuldig und ich hatte in Ihrem Hause wohl kein Recht, es höchst eigenartig zu finden, daß Sie sich weigern, einem Journalisten Aufklärung zu geben.

Nun aber bin ich ein eigenfinniger Reporter und wende mich daher an Sie auf diesem Wege, weil der andere mir verschlossen ist.

Es lag in meiner Absicht, Ihnen drei Fragen zu stellen, die Sie beiliegend finden werden.

Darf ich Sie nun bitten, sehr geehrter Herr Landesleiter, mir diese drei Fragen schriftlich zu beantworten?

1. An den Kreisen der Anhänger des Status quo errechnet man, mit fast gleichzeitiger, Uebereinstimmung, zur Abstimmung mit folgenden Prozentzahlen:

60 Prozent für Status quo 40 Prozent für Rückkehr.

Die 60 Prozent sieht man wie folgt:

30-35 Prozent von der Freiheitsfront, 30-35 Prozent von den Saar-Volk-Katholiken, 1-5 Prozent franz. und auton. Stimmen.

Was ist nach Ihrer Uebersetzung an dieser Rechnung falsch gesehen?

2. Es wird in weiten französischen Kreisen mit der Möglichkeit eines Putschs von Seiten der „deutschen Front“ gerechnet. In Anbetracht eben der starken Ansichten der Status-quo-Bewegung.

Was spricht gegen diese Möglichkeit?

3. Ich habe an der Saar, wie alle meine Kollegen der französischen Presse, den absolut 100prozentigen deutschen Charakter von Land und Leuten festgehalten, daneben aber auch die absolute Unfähigkeit meiner Landsleute in propagandistischer Beziehung, die mir allein deswegen erklärlich scheint, weil sie von vornherein fruchtlos wäre.

Von Seiten der „deutschen Front“ spricht man trotzdem von französischer Propaganda.

Wo und wie äußert sich diese?

Es wäre mir zur Beurteilung der Gesamtlage außerordentlich wichtig, hierüber Ihre Ausführungen zu lesen.

Registatur

„In Deutschland gibt es keine Kerker“

„Emigranten sind schließlich auch Menschen“, kann ein Einwand lauten. Gewiß, aber es kommt auf den Charakter dieser Menschen an. Die vor den bolschewistischen Henkerbeilen geflüchteten Russen, die aus Deutschland geflüchteten Nationalsozialisten haben niemals den Frieden Europas gehört. Sie flüchteten, um sich vor den Galgen und Kerker zu retten; sie flüchteten, um ihrer heiligen Ueberzeugung willen; die aber aus Deutschland nach dem 3. Januar Geflüchteten, rissen in erster Linie vor dem Staatsanwalt aus, der peinliche Fragen bezüglich Steuerhinterziehung, Raub oder Unterschlagung zu stellen drohte. Vor deutschen „Kerkern“ brauchte niemand zu fliehen, weil es solche niemals gab. Die deutsche Revolution war die unblutigste Revolution der Menschheitsgeschichte und wenn die „Emigranten“ das Gegenteil behaupten, dann nur deshalb, weil sie diesem Deutschland nicht verzeihen können, daß es ihrem Väterleben ein Ende bereitetete.“

„Deutsche Front“ (Nr. 200)

übrigens: In der „Deutschen Justiz“ teilt Ministerialdirektor Dr. Schmidt mit, daß die tägliche Durchschnittsbelegung an Gefangenen in den preussischen Strafanstalten sich folgendermaßen gesteigert hat:

Table with 2 columns: Year and Average occupancy. 1931: 32,525; 1932: 37,928; 1933: 36,928.

Dieser Sprung ist nur durch die Wirkung der politischen Justiz zu erklären!

Knox über den Terror der „deutschen Front“

(Fortsetzung aus Nr. 553 und 554)

Ehrengerichte

In Bezug auf die Ehrengerichte ist die Feststellung bemerkenswert, daß nach seiner Verurteilung durch das Ehrengericht ein Beamter des Saargebietes sich beschwerdeführend an den Herrn Reichsminister des Innern, den Stellvertreter des Führers Hitler, gewandt hat, und daß Herr Krenn, der Vorsitzende des Ehrengerichts, seinerseits in einem Schreiben an Herrn Krenn die ganze Angelegenheit schildert und die Haltung des „Gerichts“ und diejenige des Herrn Krenn zu rechtfertigen verliucht.

Spione und Spitzbuben

Die „deutsche Front“ gibt sich sowohl zum Nachteil ihrer Gegner, als auch der Dienststellen der Regierungskommission einer Tätigkeit hin die man schon als Spionage bezeichnen muß.

Zweifelsohne liebt es einer politischen Partei frei, sich über die Handlungen und Absichten ihrer Gegner zu unterrichten. Aber es heißt doch die zulässigen Grenzen überschreiten, wenn diese Partei nicht vor der Anwendung von Methoden zurückdreht, wie sie nachstehend geschildert werden sollen:

In den Akten der „deutschen Front“ findet man eine beträchtliche Anzahl gefälschter oder entwendeter Dokumente. Der Vandalengeschäftsführer Schaub schreibt beispielsweise am 20. Juni 1934 an den Leiter des Ordnungsdienstes: „In der Anlage überreiche ich Ihnen einen Stenogrammblock mit der Bitte um Durchsicht und event. Verwendung. Der Block wurde mir von einem Bekannten welcher ihn bei einem Besuch auf dem Büro des General-Anwalters“ verleiht mitgenommen hat, zur Durchsicht überreicht. Sollte der Block etwas Verwendbares enthalten, so bitte ich um weitere Veranlassung.“ Man hat einen Bericht gefunden der Mitteilungen enthält, die von einem ehemaligen Kammerdiener des Herrn Präsidenten der Regierungskommission stammen und angebliche Fälschungen wiederholen. Erwähnt wurde bereits, daß Herr Spantol, ehemaliger Leiter der „deutschen Front“ und der nationalsozialistischen Partei in den Akten der beispielhaften Personen einbezogen wurde. Auch die Mitglieder des Stahlhelms werden sehr scharf kontrolliert.

Bespitzelung der Geistlichen

Die katholische Geistlichkeit scheint Gegenstand einer besonderen Ueberwachung zu sein. Dazu einige Beispiele aus jüngerer Zeit: 1. Juli 1934 — Pfarrrer B. in S. wird denunziert wegen der Sprache, die er sowohl auf der Kanzel, als auch in Versammlungen führt. Er ist Abonnent der „Neuen Saar-Post“. Der Ortsgruppenführer stellt die Frage, welche Maßnahmen gegen diesen Pfarrrer ergriffen werden können. Am 2. Juli 1934 werden zwei Pfarrrer aus ähnlichen Beweggründen gemeldet, und der Angeber sagt hinzu: „Bisweilen haben Sie Gelegenheit, über irgendwelche Stellen auf diese Pfarrrer einzuwirken.“ Ein umfangreiches Aktenstück wurde vorgefunden, das auf den genannten Pfarrrer St. Angerer Bezug hat und nicht weniger als 25 Belege umfaßt.

Es handelt sich um die Antworten auf einen Fragebogen, der am 18. Juni 1934 allen Ortsgruppen des Bezirks zugesandt worden war zur Feststellung der Abonnenten der „Neuen Saar-Post“ in jeder Ortsgemeinde sowie der Haltung der katholischen Geistlichkeit gegenüber dieser Zeitung. Es dürfte schwer fallen, ein eindeutigeres Beispiel für eine systematische Bespitzelung der Bevölkerung und ihrer Geistlichen anzuführen. Nur einige Dörfer und die Namen der Abonnenten angegeben: für die Stadt St. Anabert sind außerdem diejenigen Abonnenten, die Mitglieder der „deutschen Front“ sind, besonders gekennzeichnet. Die Anschriften über die Haltung der Pfarrrer und Bischöfe sind besonders genau.

Ähnliche Akten sind vorhanden für andere Zeitungen: „Volkstimme“ und „Arbeiter-Zeitung“.

Nr. 567

Mit der Spionage gehen Denunziationen bei deutschen Behörden (Beispiele wurden bereits angeführt) sowie Verschleppungsversuche an Saarländern und politischen Flüchtlingen Hand in Hand. Nicht erbaulich mutet in dieser Hinsicht ein kleines Aktenstück aus den Monaten Mai, Juni 1931 an. Ein gewisser Heinz Simon, der seinem Namen die Bezeichnung „Auslands-Organisation der NSDAP, Reichsteilung“ folgen läßt und in Altona ansässig ist, schreibt am 2. Mai 1931 an Herrn Conrad seinen der Leiter des Ordnungsdienstes: „Er bedauert sich für die ihm bei seinem kürzlichen Aufenthalt im Saargebiet erwiesenen Aufmerksamkeit, insbesondere für die ihm in einer Angelegenheit „Nr.“ gegebenen Auskünfte, die für ihn unangebracht wertvoll gewesen seien. Dann fährt er wie folgt fort:

„Das Material kam der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis. Sehen Sie einen Weg, daß wir hier, wenn nötig mit einer Gewaltmaßnahme aus dem Saargebiet holen können. Für Deutschland können wir gegen Sie einen Verhaftungs- oder Haftbefehl erwirken. Wenn irgendwelche Wege denkbar sein sollte, kommen wir nach dort (Zweibrücken) und holen ihn ab. Auf keinen Fall unternehmen wir das geringste, ohne Sie davon in Kenntnis zu setzen und Ihren Rat einholen zu haben. Für dieobstehende Vorklage wäre ich Ihnen dankbar. Sie geben uns die Möglichkeit, bald und treffend zu handeln, was z. B. von großer Bedeutung für uns ist. Vielleicht sehen Sie sich dieshalb einmal mit mir in Verbindung. Während einer Unterredung mit 367 stellte ich fest, daß derselbe im Besitz einer Emigrantentaxe und deren Bankkonten ist.“

Aus dem Schreiben geht hervor, daß der Agent 567 ein Polizeibeamter der Regierungskommission ist. Die Akten wurden der Staatsanwaltschaft inaktuell. Der gen. Heinz Simon bittet in seinem Schreiben weiter man möge ihm einen Saarlandreisepass ausstellen. Er überreicht zu diesem Zweck seine Personalbeschreibung und Photographie und bemerkt: „Wenn Sie es für richtig finden, auch unter einem anderen Namen.“

Mit dieser Angelegenheit kann man die am 12. Dezember 1933 in Deutschland erfolgte Verhaftung von vier opponierenden Mitgliedern der NSDAP, Saargebiet in Verbindung bringen; diese Sache war Gegenstand einer durch die Anwesenheit eingestellten gerichtlichen Untersuchung gewesen. Die Verhaftung war auf Grund von Denunziationen, die von Zweibrücken ausgingen, vorgenommen worden. Neben diesen Vorfällen finden sich Angaben in einer Anweisung der Polizei vom 24. April 1934 von welcher eine Abschrift unredigiert vorliegt in den Akten der „deutschen Front“ vorhanden war. Der Urheber, ein Freund der vier in Deutschland inhaftierten Nationalsozialisten, erhaltete Anzeige wegen eines zu

seinem Nachteil begangenen Diebstahls von politischen Dokumenten; er bezeichnet als die wahrscheinlich Schuldigen einige Personen, die fast ausnahmslos einen hohen Rang im Ordnungsdienst einnehmen.

Das „dritte Reich“ korrumpiert die Saarbeamten

In den vorangehenden Ausführungen trat bereits das geheime Einverständnis der „deutschen Front“ mit Beamten des Saargebietes in Erscheinung. Diese Verbindung ist leider in einer sehr großen Zahl von Fällen nachgewiesen.

Die Beamten wurden veranlaßt, entweder an die „deutsche Front“ Nachrichten auf illegale Weise weiterzugeben oder Dokumente anzuliefern oder sich ganz in ihren Dienst zu stellen, so daß die „deutsche Front“ in gewisser Hinsicht die Rolle einer im Verborgenen wirkenden Regierunga zu spielen befreit ist.

Da findet sich zunächst eine Liste sämtlicher höheren Beamten der Zentralverwaltung, die Angaben enthält über einen jeden Namen, Herkunft und Dienstverhältnisse. Weitere Bemerkungen politischer Natur beziehen sich insbesondere auf die deutschen Beamten. Ein Mann, der auf zwei Schultern trägt — „Frankophyl“ — „Vertraute Erlaubnis“ — „Nicht einwandfrei“ — usw. Diese Liste die sehr genaue Angaben enthält, kann nur von einem Beamten aufgestellt worden sein.

Weiter erhält die „deutsche Front“ sehr häufig Nachrichten von saarländischen Beamten. In einer Meldung von Anfang Mai 1934 ist angegeben, welche Polizeibeamten mit der Durchführung einer bestimmten Untersuchung beauftragt worden sind. Es heißt darin weiter:

„Dieser Bericht ist ein Auszug des Berichts an die Regierungskommission. Eine Abschrift der Anzeige wurde der Gestapo zur Kenntnis gegeben.“ Auch eine längere Liste von Strafregisterauszügen über Personen, die der „deutschen Front“ feindlich gesinnt sind, wurde ertheilt. Diese Auszüge können nur von einem Beamten hergeleitet, der seinen Beamteneid gebrochen hat (die Schrift scheint verheilt zu sein).

Die Wiedergabe der Liste amtlicher Dokumente oft vertraulicher Natur, die der „deutschen Front“ in vielen Fällen im Original ausgeliefert wurden, würde einen zu großen Namen beanspruchen. Die Ausnahme liegt auf der Hand, daß sie von Beamten geleitet wurden, und der Nachweis hierfür ist mehr als einmal vorhanden. So ist die Abschrift eines Vernehmungprotokolls vom 20. Juni 1934 vorgefunden worden, das ein Vandalengeschäftsführer in einer Entführung Angelegenheit aufgenommen hatte, und das unmittelbar vom Vandalengeschäft an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet worden war. Die Generalstaatsanwaltschaft wurde mit dieser Angelegenheit beauftragt, da sie sich nach der Annahme ereignet hatte. Ein weiterer Vorkfall sei noch erwähnt, obwohl es sich hierbei nicht um einen Beamten i. e. S. handelt:

Herr W. . . Pfarrrer im Saargebiet, lehnt sich nicht, Herrn Pirro Neuforderungen zu berichten, die der hochwichtige Herr Bischof von Trier in einem Parthaus (nicht demjenigen des Angebers) getan hat.

Die Landräte im Dienste der braunen Front

Doch beschränkt sich die „deutsche Front“ nicht darauf, vertrauliche Auskünfte und Dokumente von den Beamten zu beziehen. Sie verwendet die letzteren als repräsentative für die gefeyerte Staatsgewalt im Saargebiet.

So sieht man beispielsweise die leitenden Funktionäre in einem Falle über die Vandalen verfügen. Der Propagandaleiter benachrichtigt einen hohen deutschen Beamten, den Vandalenführer der Rheinprovinz, der einen Besuch im Saargebiet machen möchte, daß er für ihn Zusammenkünfte mit den Vandalen von Zweibrücken, Ottweiler und Saarlouis vorbereitet habe. Es verfährt eigenartig, daß die vorgenannten Vandalen die Vermittlung der Propagandaleiter der „deutschen Front“ angenommen haben.

Das französische Schreiben ist älteren Datums (23. Oktober 1933). In einem Spezialaktenstück, betreffend das Ziedlungsweien im Saargebiet, finden sich indessen Beweise, daß ein Beamter des Saargebietes, Herr Vermessungsrat Müller, in ein und derselben Angelegenheit in zweifacher Eigenschaft tätig ist: 1. als öffentlicher Beamter, 2. als Abteilungsleiter bei der Landesleitung der „deutschen Front“.

Er schreibt selbst aus Anlaß eines Kompetenzkonflikts mit einer Dame (Wästin Zierdorff? Ned.), die sich seiner Ansicht nach in unzulässiger Weise das Recht anmaßt, das Ziedlungsweien im Saargebiet zu leiten: „Die Angelegenheit . . . ist in ein neues Rahmwerk gekommen. Als Nationalsozialist kann ich nicht untätig zusehen, wie ein in mühevoller Jahresarbeit angebautes nationalsozialistisches Werk durch eine maßlos ehrgeizige Frau zerstört oder zumindest behindert werden soll. . . . Seit Dezember 1932 bearbeite ich als verantwortlicher Nationalsozialist die Ziedlungsfragen im Saargebiet. Da wäre es merkwürdig, wenn ich ruhig zusehen könnte, wie jemand mit der Errichtung der „deutschen Front“ Schindluder treiben will.“

Getarnte politische Veranstaltungen

Von anderen Beamten des Saargebietes, die einen großen Teil ihrer Zeit — unter Mißbrauch der freizeithilflichen Gesetzgebung der „deutschen Front“ zu opfern scheinen, muß noch Herr Viktor Hard genannt werden, der Leiter der Kulturbildung ist. In den beschlagnahmen Schriftstücken finden sich unabhällige Nachweise seiner Tätigkeit, seiner Reisen, seiner Anwesenheit in Saarbrücken und seiner Korrespondenzen.

Kamentlich ist ein ganzes Aktenstück vorhanden, das die Zusammenkünfte betrifft, und aus dem hervorgeht, daß dieser Beamte besondere Vorkehrungsmaßnahmen treffen ließ, um deren politischen Charakter zu verschleiern und auf diese Weise zu einem Einfließen der Regierungskommission keinen Anlaß zu geben.

Dem Beispiel des Herrn Hard folgend, sind Danderte von Lehrern der Kulturbildung der „deutschen Front“ beigezogen und widmen ihr sehr viel Zeit.

Unerhörte Neikes-Korruption

Der Oberbürgermeister der Stadt Saarbrücken scheint sich als Agent der „deutschen Front“ zu fühlen.

Da er Personal für die Stadtverwaltung anzuwerben, läßt er vorher schriftliche Auskünfte bei der Propagandaabteilung der „deutschen Front“ einholen: „Mit der Bewerber absolut ehrlich und zuverlässig und kann er für eine Beschäftigung bei einer Behörde unbedingt empfohlen werden?“ Die Propagandaabteilung antwortet: „Es wäre wünschenswert, wenn Herr B. . . irgendwie bei der Stadt unterkommen könnte“ (Schreiben vom 19. und 22. Juni 1934). Auffällig ist, daß

die „deutsche Front“ der Stadtverwaltung Saarbrücken einen Nationalsozialisten zur Einstellung empfahl, der zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde, weil er den deutschen Behörden einen im Saargebiet wohnhaften Flüchtling ausgeliefert hatte.

Desgleichen regelt dieser Bürgermeister die Theaterfragen der Stadt Saarbrücken in vollem Einverständnis mit der „deutschen Front“, sowie dem Reichspropagandaministerium. Hierzu liegt die Niederschrift einer Besprechung vor die am 28. Juni 1934 stattgefunden hat, und an der teilgenommen haben: der Bürgermeister, ein Beamter der Stadtverwaltung und Persönlichkeiten der „deutschen Front“ (Herr Hard und ein Vertreter der Propagandaabteilung). Die finanzielle Lage des Theaters und seine Beziehungen zur „deutschen Front“ werden erörtert. Herr Pirro soll gebeten werden, ein Wort zu der Verbeischrift für die kommende Spielzeit zu schreiben, in dem die Bedeutung des deutschen Theaters im Saargebiet hervorgehoben werden soll. Ein ganzes Aktenstück läßt im übrigen erkennen, daß das Programm der bevorstehenden Spielzeit im Hinblick auf die Volksabstimmung und zwecks Einwirkung auf die Bevölkerung im Sinne der „deutschen Front“ zusammengefaßt wird.

In einem Schriftstück vom 21. Juni 1934 wird auszuführen: „Der „Zell“ wird im Herbst 1934 — also unmittelbar vor der Abstimmung — das Freiheitspiel im Saargebiet. Ein Teil der Aufführungen wird in einem äußerst niedrigen Preis (der je nach der Aufführungszahl schwankt) von der „deutschen Front“ abgenommen. Die „deutsche Front“ übernimmt mit Theaterbesuchen (wie in anderen Monaten schon seit längerem erprobt) die Betätigung der Bevölkerung aus den Orten des Saargebietes.“

Die Aufführung dieses Stückes wird als eine „unerhörte positive Aktivierung der Massen“ empfohlen. Der Propagandaleiter der „deutschen Front“ schreibt unterm 9. Juli 1934 an das Propagandaministerium in Berlin über das Theater in Saarbrücken, und erinnert daran, daß im Einverständnis mit ihm die kommende Spielzeit im Zeichen der „Werbung für Deutschland“ stehen wird. Er berichtet über die vorgeschlagenen Maßnahmen und bittet anodrücklich um deren Genehmigung.

Man erlebt hieraus, daß der Bürgermeister der Stadt Saarbrücken die Leitung des Theaters der „deutschen Front“ und den deutschen Behörden zugleich überläßt, und daß er die Bestrebungen fördert, die dahin zielen, aus dem Theater ein Instrument für den Abstimmungskampf zu machen.

Tadel schließt der Haushalt des Theaters mit einem Defizit von 2791.000 Franken ab. Der Bürgermeister stellt das Stadttheater, das von allen Steuerzahlern unterhalten wird, in den Dienst einer politischen Partei.

Einmischung in die Schulverwaltung

In einem anderen Fall ergibt sich die Feststellung, daß die Vandalenleitung der „deutschen Front“ sich widerrechtlich öffentliche Amtsgewalt anmaßt unter Mitwirkung von Beamten der Regierungskommission. Es handelt sich dabei um Methoden, die gelegentlich der Verhinderung von mehreren tausend saarländischen Kindern in das Reich angewandt wurden.

Hierzu sei als erstes Dokument eine Beschwerde erwähnt, die am 12. März 1934 von sämtlichen (katholischen) Dechanten des Saargebietes an Herrn Pirro gerichtet wurde.

Die Geistlichen führen darin aus, daß die Kindertransporte nach dem Reich schwere Mißbräuche mit sich bringen: sie bitten dringend, hier schärfste Abhilfe zu schaffen. Sie erinnern daran, daß Papezanzler von Papen ihnen gegenüber das Versprechen abgegeben habe, daß die katholischen Kinder nicht mehr protestantischen Familien anvertraut würden. Herr v. Papen hätte ihnen am 25. November 1933 diese Versicherung schriftlich gegeben. Diese Verpflichtung würde aber nicht eingehalten werden: mehr als 1000 katholische Kinder seien in protestantischen Familien untergebracht. Entgegen einer anderen Versicherung seien Kinder kurz vor der ersten Kommunion weit weggeschickt worden. Danderte von katholischen Kindern wurden in rein protestantische Gegenden transportiert und einem Gewissensdruck ausgesetzt, denn sie würden von Amts wegen zum Besuch der protestantischen Schule oder Religionsstunden angehalten. Die Beschwerde schließt mit folgenden Worten:

„Wederfalls sind wir nicht geneigt, uns diesen Gewissenszwang, durch den auch Unordnung und große Schul- und Erziehungsweisen gebracht wird, weiter gefallen zu lassen.“

In der Absicht, diesem Zustand abzuhelfen, mißt sich die „deutsche Front“ in die Schulverwaltung des Saargebietes ein. Am 19. März 1934 führt Herr Pirro im Halbaus Saarbrücken den Vorsitz in einer Sitzung. Es wurden Richtlinien ausgearbeitet, deren Festlegung nur der öffentlichen Gewalt und nicht einer politischen Partei zukommt.

Es heißt darin u. a.:

„Das Kinderhilfswerk hat im engen Einverständnis mit der Schule seine Aufgaben zu erfüllen. Es bleibt Aufgabe der Schule, die Kinder, die zur Berücksichtigung in Frage kommen, der Zeitung des Kinderhilfswerks anzugeben. Die Kinder, die ins Reich geschickt werden, müssen von den Schulärzten bezeichnet werden. . . . In der Zeitung des Kinderhilfswerks wird, um die notwendige Verbindung zu sichern, ein Schulmann eingebaut. Dieser hat auch die notwendige Verbindung mit der Schulaufsichtsbehörde aufrechtzuerhalten. Jede Lehrperson muß rechtzeitig davon in Kenntnis gesetzt werden, wofin die Kinder kommen, damit sie sich mit der Schule in dem betr. Ort des Reiches, zwecks Einschulung der Kinder, in Verbindung setzen können.“

Schlüssig folgt dieser erstaunliche Satz: „Sämtliche Schulleiter sollen zusammen genommen werden, um mit diesen das ganze Problem der Kinderbeschickung grundlegend zu besprechen.“ Diese Anordnungen, deren Festlegen der zuständigen Dienststelle der Regierungskommission vorbehalten worden sind, sind von dem Landespropagandaleiter der „deutschen Front“, Herrn Peter Kiefer, unterzeichnet. Sie bilden eine bezeichnende Einmischung der „deutschen Front“ in die Verwaltung des Gebietes. Fortsetzung folgt.

Liebe auf den Maniny

oder: Prag ohne Baedeker

Prag ist nicht nur Hradschin und Kaulsbrücke, Altstadt Ring und Wenzelsplatz, Prag sind auch die grauen Proletarierstraßen in Lieben und Zizkov, Michle und Smichov. Und Prag sind auch die „Maniny“.

An der Liebener Brücke erstreckt sich, vom Denisbahnhof herstreichend, halbinselartig zwischen der Moldau und ihrem alten Nebenarme ein breites Brachland. Unterhalb der Brücke läuft es in eine grünbewachsene Inselspitze aus. An heißen Sommertagen ist sie der „Lido“ der Liebener, zu dem eine Kahnfähre hinüber pendelt. Eug beleinender lagern die Familien mit Kind und Hund im Gras, das die Sonne braun brennt.

Oberhalb der Brücke verbreitet sich die Halbinsel zu einer flachen Wüste. Gras, Unkraut und mannshohes Pappelgesträuch bedecken nur notdürftig den Bauschutt, der von der Moldaureinleitung übrig geblieben ist. Eisenbahngleise rosteten im Unkraut; auf den „Maniny“, wie dieses Gelände genannt wird, sollte einmal ein großer Frachtenbahnhof entstehen. Auf diese Zukunft warten vergeblich verstreute Lagerschuppen und Materialhöfe hinter Bretterwänden. Verfallende Buden und brüchige Baracken dienen als Unterschlupf für das nächtliche Leben, das auf diesem Brachland sein fragwürdiges Dasein fristet. Die „Maniny“ gelten als einer der verrufensten Bereiche der Prager Peripherie. Sie sind der „Strich“ der Elenden und Verlorenen.

Am Tage gehen nur vereinzelte Passanten die getretenen Pfade kreuz und quer. Unten am steinigen Ufer werfen Angler mit unendlicher Geduld immer wieder ihre Schnur ins Wasser. Oben, in den kleinen Pappelkuhlen, verschlafen abgerissene Gestalten den heißen Tag. Auch eine Frau hat sich im Gestrüch niedergelassen. Sie spricht den Vorübergehenden mit einer sehr eindeutigen Einladung an, sich bei ihr niederzulassen.

Sie ist nicht die einzige. Da kommt eine Frau des Weges. Sie nähert sich in jenem langsamen Schritt, der schon Aufforderung ist. Sie zögert, bleibt stehen und bietet sich an. Auf den Einwand, daß man nicht gut Tschechisch verstehe, antwortet sie in fließendem Deutsch erzgebirgischer Klangart. Verwundert fragt man nach ihrer Herkunft. Sie stammt von der Sprachgrenze bei Laun, hat aber ihre Kindheit in einem erzgebirgischen Dorfe verlebt. Vor zwei Jahren ist sie nach Prag gekommen. Damals hatte sie Stellung: 150 Kronen hat sie in der Woche verdient. Sie hat dann aber die Arbeit aufgegeben, um zu heiraten. „Ich habe mich überreden lassen“, sagt sie. Ihr Mann ist Dachdecker, ist aber seit vierzehn Monaten arbeitslos. Nun geht sie hier auf und ab. Für ein paar Kronen. „Was soll man machen? Ich tus seit vier Wochen; es ging nicht mehr anders.“ Von Kobylis, wo sie mit ihrem Manne bei ebenso armen Leuten zur Untermiete wohnt, kommt sie tagtäglich hierher. Nicht jeden Tag findet sie einen Mann, der bereit ist, mit ihr zu gehen. „Mit jedem mag ich auch nicht gehen. Die anderen reden darüber. Da ist sie auch noch großartig und will sich die Männer aussuchen, sagen sie. Hier auf den Maniny ist eine Frau, die geht für eine Krone mit.“ Und sie? Ihre niedrigste Taxe sind fünf Kronen — das sind gleich sechzig Pfennig!

Sie mag dreißig Jahre alt sein. Sie ist weder hübsch noch häßlich, aber wenn sie lacht, hat sie tiefe Grübchen in den Wangen. Einige ihrer Vorderzähne sind stückweise abgebrochen. Ihre Hände sind schmutzig mit schwarzen Rändern rings um die abgestoßenen Nägel. Sie ist mittelgroß, von zierlicher Gestalt. Kleid und Mantel lassen schlanke Beine in braunen Wollstrümpfen frei. Im Ausschnitt des Kleides ist ein Stück angeschmuckte Hemdspitze sichtbar. An ihrem Mantel hängen welke Grasfasern und Unkrautsamen. Das sieht nicht nach Absteigequartier aus. Auf die Frage, wohin sie denn die Männer führe, die mit ihr gehen, deutet sie nach dem Uferhang: „Dort, bei der Bude.“

Dort bildet eine Bretterwand einen schrägen Winkel über dem Uferhang bis hinunter zum Wasser. In diesem Winkel, angefüllt mit Steinen, Schutt und Asche, überwuchert von Unkraut, breitet sie, wenn ein Mann es will, einfach ihren Mantel über die Unkrautbüsche und ist bereit. Fünf Schritte davon entfernt steht an der Uferböschung eine kleine Bude aus Kistenbrettern, Blechabfällen und Dachpappe. Gewaschene Hemden hängen auf einer Stange. Man sieht Männer hantieren. Einer mit nacktem Oberkörper, hat nur zerrissene Hosen an. „Wohnen die Männer dort in der Bude?“ — „Ja“, sagt sie. „sechs Burschen; die leben da so in den Tag hinein.“ — „Und hierher führen Sie Ihre Männer? Kommen denn die Burschen nicht manchmal hierher?“ — „Das macht nichts. Die schauen nicht her. Wenn ich nicht will, kommt niemand hierher.“

Hinter der Bretterwand hört man Eisen klirren. Durch die schmalen Spalten zwischen den Brettern sieht man Gestalten sich bewegen. Das alles stört die Frau nicht. „Das ist mein Reich“, sagt sie. „Mein Reich“ nennt sie diesen Dreckwinkel, und sie spricht das großartige Wort mit einem ab-

schätzenden Blick, ob man gewillt sei, mit ihr in „ihr Reich“ einzugehen. Anscheinend ist es ihr nun genug des Fragens; sie will sich ja nicht unterhalten — sie will verdienen. Von der Ablehnung ist sie sichtlich enttäuscht. „Na ja“, sagt sie. „Sie haben eben Angst.“ Wovor, ob vor ihr, vor den Männern in der Bude, ob vor einer Krankheit, läßt sie ungesprochen. Daß jemand grenzenlosen Abscheu haben kann vor dieser „Liebe“ für fünf Kronen und noch dazu am hellen Tage im Winkel zwischen Unkraut und Schutt mit einem darüber gebreiteten Mantel als Lager, daß jemand nur aus Erstaunen und ratlosem Mitgefühl mit menschlichem Elend mit ihr spricht, das scheint sie nicht zu verstehen. Und doch war sie sicher einmal ein lebensfrohes erzgebirgisches Mädel, frisch und natürlich — in welcher graue, grauenhafte Abgründe führt Menschen die Not!

Unvermittelt sagt die Frau, daß es nun bald anders werde, denn sie habe Aussicht, nächstens eine eigene Wohnung zu bekommen. Sie allein? „Mit meinem Mann natürlich.“ Dann kann sie die Männer, die sie findet, mit nach Hause nehmen, „denn im Winter ist's auf den Maniny schlimm.“ Und ihr Mann? „Den räume ich dann schon auf. Da muß er schon folgen.“ So sagt sie wörtlich. Und mit einem unbegreiflichen bescheidenen Blick fügt sie hinzu: „Wo ich dann wohne, können Sie von den Burschen in der Bude erfragen.“ Diese Frau, die Männer in der Bude, die Schläfer in den Pappelkuhlen — das alles wächst in diesen Worten zu einer unbegreiflichen, abseitigen Welt verschwisterten Elends zusammen. Ringsum leuchtet der sonnige Tag. Am Wasser stehen Angler, regungslos auf ihre Schwimmspule starrend. Am jenseitigen Ufer klirrt ein Sandwerk. Kaum zweihundert Schritte entfernt lärmt eine Schar ballspielender Kinder. Vor einer als Bierschank eingerichteten Baracke sitzen Kartenspieler; man hört das Aufklatschen der Karten bis hierher. Fabriksirenen verkünden den Beginn der Mittagspause. Ueber die Liebener Brücke fahren in kurzen Zeitabständen die Straßenbahnwagen dreier Linien. Alles ist nur Minuten weit entfernt. Und in den selbstverständlichen Alltag ist diese Welt der Elenden eingefügt, eine unerforschbare Unterwelt, ein bodenloser, menschenverschlingender Abgrund in der hellsten Sonne.

Fünf Kronen nimmt die Frau gern geschenkt. Langsam geht sie den Weg zurück. Kaum ist sie zwanzig Schritte entfernt, taucht ein Mann, der bisher nicht zu sehen war, aus dem Pappelgesträuch auf, spricht mit ihr und geht neben ihr her. Sie gibt ihm das geschenkte Geld. Es ist ihr Mann, der, wenn alles, was sie erzählte, gar nicht stimmt, nicht ihr Ehemann zu sein braucht, aber in jedem Falle ihr Zuhälter ist. Ihr Sklavehalter, der, elend genug, vom Leibe dieser Frau lebt, der sie vielleicht prügelt, wenn sie nicht „fleißig“ ist, und der auch ihr Beschützer ist, mit dem es zu tun bekommt, wer etwa die Frau bedroht. Aber bewachmann die Frau bei ihrem elenden Gewerbe ertappt stimmt wird er im Pappelgebüsch verschwinden, wenn ein und verhaftet.

Und manchmal ist solch ein Mann auch noch Schlimmeres. Die schmalen Pfade auf den Maniny fähren bergab in Laster und Verbrechen. Vor einigen Monaten stand so ein Mann mit seiner Frau vor dem Schwurgerichtshof. Er 23, sie 28 Jahre alt. Er von Elend und Verkommenheit gezeichnet, sie, wie im Gerichtsbericht zu lesen war, „nur mehr eine tragische Karrikatur einer Frau, verlottert, abgestumpft, mit der heiseren Röchelstimme der alten Hure, deren bloßer Klang schon Schauder erregt“. Eines Sonntags im Januar — auch wenn die Maniny in Frost und Schnee erstarrten, gehen diese Frauen hier auf den einsamen Pfaden ihrem Gewerbe nach — hatte die Frau einen Arbeiter, der seinen Wochenlohn bei sich trug, zum Mitgehen überredet. In einer verlassenen Holzbaracke hatte sie ihn bewogen, sich bis aufs Hemd auszuziehen und von ihm schließlich die Hergabe seines ganzen Geldes gefordert mit der Drohung, daß „er sonst abgemurkt und in die Moldau geworfen“ würde. Als der „Liebhaber“, plötzlich furchtbar ernüchtert, sich weigerte, erschien auf ein Zeichen der Mann und Zuhälter dieser Frau und machte die Drohung mit einem Messer in der Hand noch gefährlicher. Der Arbeiter konnte sich losreißen und im Hemd und barfuß durch den Schnee nach einer Wächterhütte flüchten. Er war mit ein paar Christen davon gekommen, aber sein Geld blieb verschwunden, obwohl das Ehepaar noch in der gleichen Nacht verhaftet wurde. In der Verhandlung vor Gericht stellte sich heraus, daß die Frau erst einige Tage zuvor, mit einer noch nicht geheilten Geschlechtskrankheit behaftet, aus dem Infektionshospital entsprungen war und bei ihrer Flucht auch gestohlene Anstaltswäsche mitgenommen hatte. Das Gericht verurteilte den Mann zu sechs, die Frau zu fünf Jahren schweren Kerkers.

So endet unter Umständen die „Liebe auf den Maniny“. Und wenn die Jahre um sein werden, wird man den beiden vielleicht wieder auf diesem Brachland begegnen können, sie trotz aller Verheerung zur „Liebe“ bereit, er im Gestrüpp auf das Opfer seiner Frau lauert. Manfred.

Jahrgang 1934, nach. Da können sie etwas lernen, denn auf Seite 131 steht zu lesen:

„Es könnte sein, daß niemand heroischer den Krieg durchlebt hat als diejenigen Frauen, die nicht begriffen, warum sie ausgeschlossen waren von der Ehre, für Land und Freiheit die Waffe zu tragen, wie in vergangenen Zeiten ihre Ahninnen.“

Und zu dieser Auffassung bekennt sich ein ganzer Frauenkreis, der von Frau Mathilde Ludendorff nicht weit entfernt ist. Es genügt den rassebewußten Frauen nicht mehr, daß sie ihre Söhne totschießen lassen dürfen — sie wollen dafür ihrerseits die Söhne anderer Mütter um die Ecke bringen, sie wollen selbst mit Giftgas und MG. gegen junge Menschenleiber losgehen.

Denn die Frau ist Hüterin des Lebens — so heißt es in den nationalsozialistischen Reklameschriften.

Jahres-Statistik

In einem Jahr sind in der ganzen Welt Zwei Millionen Menschen verhungert, weil sie kein Geld hatten, sich Esswaren zu kaufen, und im selben Jahr entzogen sich eine Million dieser Gefahr durch Selbstmord. Und sie wollten Leben nur! Doch Ordnung herrschte und Kultur.

Ja, während hunderte Millionen darben und drei Millionen Menschen Hungers starben, weiß die Statistik nüchtern zu berichten:

„Man mußte sechsmal hunderttausend Zentner Fleisch und viermal hunderttausend Kilo Fisch.“ nichten

Der sattgewordene Mensch las dann nach Tisch in dem Journal, im Handelsteil, von „Ueberproduktion“.

„Getreide, Kaffeesäcke — sechshundert Millionen, warf man ins Meer und offene Feuer.“

So blieb der Preis geschüttelt, die Ware teuer.

Doch wer sich gegen Ordnung und Kultur in diesem Jahr erhob, den schlug man nur halb oder ganz tot. So sieht die Welt und die Gesetze der Herren aus, die sich und ihre Schätze erhalten einzig durch Vernichtung.

Wieviel in einem Jahr im Kampf um die Errichtung des neuen Staats der sozialistischen Verpflichtung gefallen sind, das liest man nicht. Da gibt es keine Daten, denn der Faschismus führt nicht die Statistik seiner Taten. So herrscht die Ordnung, Ruhe und Kultur.

Thomas Eck

Deutscher Arbeiter, reite!

Pferd und Klassenkampf

Im Februar 1934 sprach Adolf Hitler: „Wenn ich könnte, ich würde jedem Arbeiter einen Smoking schenken!“

Inzwischen ist die Weltgeschichte weitergerollt. Inzwischen sind jene braunen Kumpane, die lieber andere aus dem Smoking stoßen, als selbst hineinklettern wollten, zu hunderten erschossen worden. Inzwischen ward eine Arbeitsschlacht nach der anderen verloren. Inzwischen sind die Löhne gesunken und die Preise gestiegen. Inzwischen haben die Arbeiter hungern, die Bauern sehen und die SA-Leute meckern gelernt — nur die nationalsozialistischen Führer haben nichts gelernt. Nichts gelernt und alles vergessen.

Im Februar 1934 wünschte Hitler jedem Arbeiter einen Smoking. Im November 1934 verbreitet der Pressedienst von „Kraft durch Freude“ in den Zeitungen folgende Notiz: „Seit kurzer Zeit führt die Sportabteilung der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, Gau Danzig, auch Reitkurse durch. Es kommt gerade darauf an, dem Schaffenden der Faust immer wieder zu zeigen, daß Vorrechte, von denen gewisse Kreise und Klassen glaubten, sie könnten sie nur für sich in Anspruch nehmen, heute zum alten Eisen geworfen sind. Auch der Schaffende der Faust soll, wenn er Freude daran findet, auf dem Rücken eines Rosses dahertreiben können. Heute brauchst du nicht mehr abseits zu stehen, deutscher Arbeiter, oder schen beiseite zu treten. Wenn du reiten willst, reite! „Kraft durch Freude“ sorgt dafür, daß du es kannst; denn der Nationalsozialismus erstrebt, alle Schaffenden Anteil nehmen zu lassen an den Freuden des Daseins.“

Die Führer scheinen eine Art Paten-Komplex zu haben. Sie können nicht vergessen, daß an der Wiege ihrer seltsamen Revolution ein Herrenreiter stand. Aber das Kind kann den Papen-Paten und seinen Herrenklub nicht verleugnen — auch dann nicht, wenn ein paar Arbeiter ausprobieren, wie sich mit leerem Magen reiten läßt.

Der Bauernbefreier

Speichellecker

Im Vorwort zu seinem Werk „Der deutsche Bauernkrieg“, Druck und Verlag von R. Oldenbourg, München und Berlin, 1933, schreibt Franz Günther, daß die früheren Darsteller des Bauernkrieges seine Geschichte politischen Zwecken dienstbar gemacht hätten und führt wörtlich fort:

„Heute, am Ende der ersten siegreichen deutschen Revolution, hat der Bauer im „dritten Reich“ endlich die Stellung im Leben der Nation gewonnen, die er schon 1525 erstrebte. (!) Wir brauchen daher den Bauernkrieg nicht mehr als anfeuerndes oder warnendes Beispiel zu bemühen, noch werden wir die Männer von 1525 allein wegen ihrer revolutionären Haltung verurteilen.“

Am Schluß des Werkes schreibt dieses wirbellose Kriechtier von einem Gelehrten:

„Allerorten ist der Bauer im Aufbruch und stellt sich hinter den Führer unseres Volkes, der die ewigen Werte von Blut und Boden erkannt und dem Leben unseres Volkes dienstbar gemacht hat. Die Niederlage von 1525, durch die das Leben der Nation auf Jahrhunderte hinaus geschwächt und verarmt worden ist, ist ausgeglichen. Der Bauer hat sein Ziel erreicht. Er ist zum tragenden Pfeiler unseres Volkslebens geworden.“

Mit dieser widerlichen Geschichtsfälschung soll sich der hitlerfromme Günther einmal an die schleswig-holsteinischen Bauern wenden. Sie werden ihn mit den Hunden vom Hofe hegen.

Beschlagnahmt — eingezogen

Auf Antrag der parteiamtlichen Prüfungskommission zum Schutze des NS-Schrifttums in München sind die im Verlag Paul Schmidt in Berlin erschienenen Schriften: „Wir sind Deutschlands Zukunft“ (Jugendliederbuch); „Deutschland! Glaub ans Glück“ (Liederbuch in Noten); „Liederbuch der NSDAP.“ (Adolf Hitlers Werdegang) für Preußen beschlagnahmt und eingezogen worden.

Ihre Ahninnen

Eine deutsche Frau weint nicht

In einer württembergischen Nazizeitung, dem „Göppinger Tagblatt“, wird über eine nationalsozialistische Frauenversammlung berichtet. Es heißt da:

„Die deutsche Frau (so betonte die Rednerin) habe sich von dem Geschrei des Pazifismus „Nie wieder Krieg!“ immer abgewandt. Wenn die deutsche Frau dem Vaterlande etwas habe opfern müssen, so habe sie nie Tränen der Schwäche vergossen.“

Das ist alles ganz schön und gut, so werden manche Mitdwestern im „dritten Reich“ der forschenden Göppinger Heldennutter antworten, aber uns geht es nicht weit genug. Lesen sie mal in Nummer 5 der „Deutschen Kämpferin“,

Der 9. November

Von René Schickele

René Schickele veröffentlichte im Jahre 1919 eine kleine, inzwischen halb vergessene Schrift: „Der neunte November“. Sie ist eine packende Darstellung von Erlebnissen und Stimmungen an der Wende von 1918 zu 1919, geschrieben von einem leidenschaftlich Mitfühlenden. Vielleicht reizt die Schrift heute viele zum Widerspruch — wie René Schickele wohl auch manches heute mißbilligen mag, was er damals niederschrieb. Aber das mindert die Bedeutung dieser Kapitel nicht herab. Der Ruf an den Geist und an seine Verantwortung gilt heute noch stärker als damals.

(Schluß)

Leichter mag ich sie da überwinden, als viele meiner Kameraden, die gestern noch hingerissen vom Kriegslärm, oder davon wie zerschlagen, am befreienden Tag vermeint hatten, mit einem Sprung aus der Hölle in den Himmel zu sehen. Das können wir zwar, du und ich, und sogar mehrmals am Tage und in der Nacht, und wir tun es auch, aber wir nehmen die Menschen nicht mit, sogar die besten Freunde folgen nur zögernd oder gar nicht, und wenn wir von unserer Himmelfahrt zurückgekehrt sind, zeigt sich, daß die meisten unsre Abwesenheit nicht einmal bemerkt haben. Der 9. November war der schönste Tag meines Lebens. Am 9. November war ich am glaubhaftesten, fast möchte ich sagen: nachweislich im Himmel. Ich glaubte, von nun an nie mehr allein zu sein, nie mehr an mir und an den andern zu verzweifeln. Zum erstenmal lag ich, geborgen, Deutschland am Herzen. Die neue Welt stand weit geöffnet. Wenig bedeutete, daß die Schwierigkeiten sich türmten, die alteingesessenen Piraten sich zur Wehr setzten und ihre Fuchsgänge vervielfachten, die kühnsten Arbeiter der Stunde zusehends ermüdeten, die schnell, aber frisch gebackenen Führer sich hier und da räusperten, wie ihre Vorgänger gespuhelt hatten — wenn nur die Gemeinschaft im Geiste jenes Tages bestehen blieb mit ihren Millionen unerschöpflich sich erhebenden Händen und Herzen! Darauf kam es an. Darauf allein. Bei einer Revolution kann man nicht erklären: „So, jetzt ist's genug“, um sich dann aufs revolutionäre Ohr zu legen und den Rest durch die „Evolution“ besorgen zu lassen. Eine Revolution dauert so lange, wie ihre Voraussetzungen bestehen.

Der revolutionäre Akt selbst ist ein „Fortissimo“, wie der Krieg. Es troht von Pauken und Trompeten, die Blechinstrumente bringen es schier zum Playen. Daher der zaubernde Eindruck auf die ungeschlachteten, die aufreißende Wirkung auf die feinsten Nerven, von den Sohlen über den Unterleib ins Gehirn. Deshalb wundere ich mich auch nicht, wenn ich Zeitgenossen, die ich 1914 und noch 1918 als Imperialisten verließ, seit dem November 1918 als Bolschewiki wiederfinde. Das Fortissimo ist schuld, nicht sie. Das sind, wenn nicht die landläufigen Konjunkturhasen, extreme Naturen, auch emotionelle genannt, die nicht geizen können, wenn sie beschenkt werden, weder mit ihrer Ueberzeugung noch mit ihrer Begeisterung. Oder sie folgen einem statischen Gesetz, sie müssen, werden sie von ungewöhnlichen Ereignissen überrascht, auf dem Kopf stehen, um sich gerade zu halten. Nur habe ich die Erfahrung gemacht, daß sie es in der Lage nicht lange aushalten, was wiederum niemand erstaunen kann. Zu ihnen spricht das Wesen des Paukenschlags, sie brauchen sich wirklich nichts daraus zu machen, was für Hosen der Paukenschläger gerade anhat. Verschieden ist nur der Sinn der Musik.

Von wem, und für wen sie aufspielt.

Danach erhält sie ihren Namen „Krieg“ oder „Revolution“. Der Sinn ist es, der entscheidet, verpflichtet.

Und es ist noch immer die Musik des 9. November, die wir hören, trotzdem der Aufmarsch der Gegenrevolution sich in mustergültiger Ordnung vollzieht, wie das anders seit Ende Dezember nicht mehr zu erwarten war.

Nur: wir sind nicht mehr die vielen, denen die andern, verspielt, verzweifelt, ausgepumpt, sich anvertrauten. Wir waren

es genau vierzehn Tage. Im November hätten die Wahlen ausgeschrieben werden, spätestens vier Wochen später hätten sie stattfinden sollen. Im November hätte die Regierung alle großen Kriegsbetriebe — und welche Betriebe waren es nicht? — in Gemeingut übernehmen können, ohne daß ein Aktionär gemuckst, ein Ingenieur sich verweigert hätte. Im November hätten die tausend oder zehntausend Intellektuellen, die bereit waren, alles für ein neues Deutschland und die neue Welt herzugeben, in den Stand gesetzt werden müssen, Gymnasiasten (die, da sie gut genug für den Krieg waren, wohl auch für die Revolution nicht zu schlecht gewesen wären), Studenten, Handlungsgehilfen, junge Arbeiter, Daktylographinnen, heimkehrende Soldaten, die draußen alles bis auf das nackte Leben eingeübt hatten, kurz das ganze geistige Proletariat in sozialistischen Begeisterungs-, Erneuerungs-, Rettungsausschüssen, oder wie diese Sammelstellen tätigen Geistes sich sonst genannt hätten, zu sammeln, sie aufzuklären, zu leiten — ein Kinderspiel wäre es gewesen, zur repräsentativen Körperschaft der jungen Republik zu erheben und weithin sichtbar, weithin fruchtbar zu machen, was überall in Deutschland, überall enthusiastisch aufbrach und auf eigene Faust losging und dabei sein wollte, wo plötzlich alles jung und frisch war: Nachbar, Heimat, Erde, zwanzig, sechzehnjährig die Welt, wie für die Freiwilligen der ersten großen Republik. Es war die Stunde der deutschen Jugend, und die deutsche Jugend hat sie nicht verfehlt. Auf alle Ämter lief sie, jedem Arbeitersekretär bot sie sich an, stürmte die Redaktionen der Parteiblätter, sternschnupperte und ließ sich nicht auslöschen vom Flederwisch in bürgerlichen Redaktionen: die deutsche Jugend nahm ihre Stunde wahr.

Und ging vorüber.

Wieder waren es die alten Männer, die die Jugend an das Bestehende verrieten, das immer die Vergangenheit ist und diesmal ganz handgreiflich die Vergangenheit war: Zusammenbruch, Tod und Verwesung. Die Greise verrieten die Jugend, um sich, nur auf ein Viertelstündchen, zu erhalten. Um dieses elende Viertelstündchen drehen sich die Kämpfe der Generationen. Was als Revolution begonnen hatte, endete als betrügerischer Bankrott. Die sozialdemokratischen Juniorchefs des Hauses Hohenzollern hatten ihre völkische Mission darin erkannt, von der Konkursmasse zu retten, was in der zu erwartenden Weltpanik zu retten wäre. Sie hielten zur Republik unter der Bedingung, daß alles beim alten bliebe, soweit das Alte sich nicht bereits selbst ausgeschaltet hatte. Die Revolution hatte sie in den Sattel gehoben. Nun wollten sie zeigen, daß sie reiten konnten wie Ludendorff und der Prinz von Baden in einer Person.

Die Weltpanik blieb aus. Die Genossen in Moskau und Paris steckten den kunterbunten Epigonen eines Millerand, die Valmy neu einstudieren wollten, einige zusammenfassende Grobheiten und ließen sie allein, wo die Füchse einander gute Nacht sagen.

Der Neudeutsche mit der Ballonmüge als Tabakbeutel, dem Namenszug Marxens als Krawattennadel und der Bahn, die ihn geführt Lassalle als Kriegskarriere, der sich bis in die Wilhelmstraße vorgeschoben hatte, machte zwar die Zeche der Revolution, aber als er sie begleichen sollte, spielte er den Kavaliere. „Ich weiß jetzt, wer du bist“, sagte er zu der proletarischen Erscheinung, „ich lasse mich nicht erpressen“, und er holte die Polizei. Seitdem ruht die deutsche Welt auf Noskes starkem Nacken.

stünden seine Seele zu erheitern und sie bald aus der Ferne und bald in der Nähe zu betrachten.

Plötzlich aber... ja was war denn das? Plötzlich bemerkt er, daß der Tisch wirklich neu sei, die Stühle aber im Gegenteil sehr alt und schon vollkommen abgenutzt, sie waren sozusagen in einem Zustande, als ob sie gleich auseinanderfallen würden. Da hat sich nun unser Udarnik sehr verwundert und aufgeregt, weil man ihm so einen Plunder aus irgendeiner Rumpelkammer unterschoben hatte. Er verließ seinen Grimm und ging in das Amt, um zu erfahren, warum und wie sich diese Sache eigentlich zugetragen habe und er diese minderwertigen Stühle erhielt, und ob hier nicht irgendein Betrug vorliege. Wie groß aber war sein Erstaunen, als er erfuhr, daß alle diese Gegenstände für die Udarniki neu eingekauft worden waren, und daß die Gorfo sich die neuen Stühle zurückbehalten und den Udarniki die alten Stühle angewiesen hatte.

Es fällt schwer, die Gemütsregung des selbstbewußten Udarnik zu beschreiben. Wahrscheinlich wandte er sich in seinem gerechten Zorn an seine Genossen mit folgenden Worten: „Man arbeitet ohne Ruhe und Rast, und da stecken sie sich die neuen Stühle ein! Verstehen Sie so was? Wie kann man sie zu den Stühlen der Udarniki vergraben? Sich selbst nimmt man die neuen, vortrefflichen und blygsauberen Stühle, aber den Udarniki unterschleibt man altes Gerümpel, auf denen schon die verflissenen Klassen saßen und, mag es der Teufel wissen, irgendwelche alte Weiber und Generalinnen. Ja, ja, das ist sonderbar und sehr beleidigend!“

Mit diesen Worten setzt er sich hin und verfaßt eine Klage an den Verband. Was sich nun abspielte, war eine ganze Symphonie von Dingen. Der Verband nimmt die Angelegenheit in die Hand. Es ergoßen Instruktionen und Ver-

Arme deutsche Jugend! Wie hätte die zweifeln dürfen, wo Hugo Haase vertraute? Warum hätte sie weniger auf die Macht der politischen, wirtschaftlichen und seelischen Verhältnisse bauen sollen als Kautsky, Dittmann, Breitscheid, Eisner, Arco, Gerlach, Simon, Bernstein und alle, alle wahrhaftigen Erneuerer, die im bezaubernden Morgenlicht aufstehend in die Hand einschlugen, die sich ihnen entgegenstreckte wie die eines wiedergefundenen Bruders?

Vierzehn Tage währte für uns das Paradies, für die andern die Angst. Dann erkannten sie, daß sie noch am Leben waren, und daß die köstlichste Errungenschaft der Revolution die Freiheit sei. Sie unternahmen sie, ihre Freiheit! Mit dem Erfolg, der ihrer gleichgearteten Unternehmung gegen den äußeren Feind versagt geblieben war. Liebknecht, Luxemburg, Eisner, Landauer wurden erschlagen, deutsche Städte im Sturm genommen. Die Mörder jener Männer leben. Die Mörder Deutschlands aber schreiben in tiefster Gemütsruhe Artikel und Bücher, darin sie beweisen, daß das feige Verhalten ihres Opfers in seiner Todesstunde sie um den Lohn ihrer Ruhmestaten betrogen hat.

Dennoch

(Wieviel Kapitel unseres Lebens werden wir noch so beginnen müssen!)

Dennoch hört, wer Ohren hat zu hören, noch immer die Musik des 9. November.

Trotz der falschen Führer, die den Krieg fortsetzen wollten statt der Revolution.

Trotz der Zauberer, die im stillen die Kriegswut weiterpflegen auf der Hoffnung auf den historischen Theaterecoup, wo der unterirdisch fließende Strom auftauchend noch einmal, und diesmal endgültig, die Widerstände niederreiße.

Trotzdem diese Hyänen es sich gut sein lassen auf dem Leichenfeld eines großen Volkes, das sie herabgewürdigt haben tief unter das Maß der europäischen Familie.

Trotzdem Intellektuelle, die gestern philosophische Menschenfresser oder doch die Wankelmüt selbst waren, heute als radikale Denker aufmarschieren, die vor keiner Gefahr zurückschrecken, wenn sie vorüber ist. Gestern feig nach rechts, heute nach links, wankelmütig selbst in ihrer Feigheit.

Trotzdem die heutigen Führer der deutschen Republik als richtige Emporkömmlinge sich immer ängstlicher und dementsprechend frech unter die Kaste ducken, die innerlich und äußerlich zu ersehen sie vom Volke beauftragt worden sind. Wie die Henne auf ihren Küken sieht die Kaste auf den neuen Männern, glucksend vor Vergnügen, den Schnabel kriegerisch im Wind.

Dennoch weht die Musik der Novembertage ein allem, was öffentlich geschieht, und selbst im Verrat, wie die Wahrheit in der Lüge. Eine Sonne wie die des November 1918 bleibt unvergänglich jedem, der sie damals gesehen hat, als wäre sie ein neues Feuer am Himmel gewesen. Und es sind sechzig Millionen, die sie so erblickt und von ihr das Urteil entgegengenommen haben: „Tod“ für die einen, für die andern „Leben“. In jedem einzelnen steht sie da, genau wie an jenem Tag, keine Gewalt holt sie herunter. Mögen die einen sich wehren bis aufs Blut und die andern noch so ermüden: der Sieg ist so gewiß, wie gewiß ist, daß im November zwanzig deutsche Fürsten Angst vor ihren Thronen bekamen und ein Heer von sechs Millionen deutscher Untertanen das Joch abwarf wie einen Alp.

Was gibt es, angesichts dieses unverlierbaren Gewinns, für uns zu befürchten? Niederlage auf Niederlage der Revolution, so wie die Entente sie vier Jahre lang erlitten hat? Sturz der Sowjetrepublik und wirtschaftlichen Bonapartismus in aller Welt? Letzte Panik müdgeputzter Arbeiter, die ihre Führer totschiessen, das getretete Viertelstündchen des Kapitalismus, Atempause, Hochkonjunktur?

Aber der Kapitalismus würde sich zur höchsten Kraftanstrengung aufgerafft, das Proletariat sich in der Arbeit neu gefestigt und in der wirtschaftlichen wie politischen Organisation so entwickelt haben, daß die Produktion ihm in die Arme fallen könnte, ohne es zu erdrücken, so wie den Deutschen die Republik in die Arme gefallen ist.

Eine unangenehme Geschichte

Von M. Soschtschenko

In Woronesch spielte sich vor einiger Zeit folgendes Ereignis ab: Hier fand in diesem Jahre ein Treffen der Arbeiterstofftruppel, der sogenannten „Udarniki“, statt. Das Treffen verlief, wie das nun schon mal üblich ist. Es wurden Tatsachen und Handlungen vermerkt. Es wurden Glückwünsche und Begrüßungen gewechselt. Dann erhielten die verdienstvollen Udarniki wertvolle Prämien.

Mit andern Udarniki zusammen wurde auch ein gewisser Genosse G. prämiert, der in der Gorfo, der städtischen Finanzabteilung, angestellt ist. Wir wissen es eigentlich nicht, was er in diesem selben Gorfo trieb und wie er durch seine hervorragenden Leistungen sich auszeichnete. Aber in jedem Falle, er wurde mit einem Tisch und vier Stühlen prämiert. Wir unterfangen uns nicht, darüber zu urteilen, ob er diese Prämie erhalten wollte. Es kann ja natürlich auch sein, daß er selbst um diese Prämie nachsuchte. Es kann ja auch sein, daß er sagte: „Statt mich mit was anderem zu prämiieren, mit einer Kuh oder einem Bett, prämiieren Sie mich mit einem Tisch und vier Wiener Stühlen.“ Also, kurz und gut, der Genosse G. war auf dem Treffen mit einem Tisch und vier Stühlen prämiert worden. Froh gestimmt ging er nach Hause und summt ein Lied, während aber seine Freude, wie wir annehmen müssen, etwas durch die sorgenvolle Frage wegen der Zustellung der Möbel getrübt wurde. Die Möbel trafen jedoch glücklich ein. Feierlich, wahrscheinlich mit der Frau und vielleicht auch mit den Kindern, stellte unser Udarnik den Tisch und die Stühle in die Mitte des Zimmers, um an den Gegen-

ordnungen. Das Büro für Klagen bei dem Gebietsowjet der professionellen Verbände untersucht im Eiltempo diese sehr unangenehme Geschichte. Man erfährt, daß sich die ganze Angelegenheit genau so verhält. Die Stühle sind eingekauft worden. Die neuen Stühle nahm man sich selbst, und den Udarniki gab man die alten. Man untersuchte weiter. Es stellte sich heraus, daß man den Udarniki nicht die neuen Stühle gab. Aber man tat es aus einem einfachen Grunde, nämlich wegen der sehr schlechten Qualität dieser Stühle. Man wollte es einfach nicht wagen, ihnen solche morsche Stühle zu geben. Statt dieser Stühle gab man ihnen alte Wiener Stühle, die doch noch besser waren.

Wie man sieht, nimmt die ganze Angelegenheit eine andre Wendung an, als wir mit dem Udarniki zusammen dachten. Wir nahmen mit ihm an, daß hier eine kleinliche, schuftige Schieberei vorliege, wie sie sich nicht selten auf unserer russischen Erde ereignet. Aber es erwies sich, daß sich nichts dergleichen zugetragen hatte. Es erwies sich, daß die Gorfo nicht daran gedacht hatte, sich die blygsauberen Stühle anzueignen, daß im Gegenteil sie rechtzeitig und verständlich diese Stühle vertauschte, in der Erwägung, daß nicht alles Gold sei, was glänzt. Hier erstrahlte die sittliche Größe der Gorfo in einem neuen Licht, und man kann sagen in ihrer ganzen Schönheit. Die Sitten, wenn auch nicht der Menschen, so doch der Ämter, haben sich bei uns merklich zum Besseren verändert. So ist denn nun alles in schönster Ordnung. Kein Mensch hat den andern beleidigt, und kein Mensch hat den andern betrogen. Im übrigen hat aber alle beleidigt und getäuscht der Holztrast, der diese nichtswürdigen und wertlosen Möbel anfertigte, derentwegen beinahe gute Menschen und vortreffliche Behörden sich verzanzt hätten. Meinen flammenden Gruß den Angestellten der Gorfo. (Aus dem Russischen von Baron Erik v. Fersen.)

Luftabkommen der Generalstäbe?

Das offizielle Dementi

Paris, den 14. November 1934.

„Paris Midi“ hat gestern einen aufsehenerregenden Bericht über ein angebliches Geheimabkommen zwischen Frankreich, Großbritannien und Belgien veröffentlicht. Es soll sich um Vereinbarungen zur gemeinsamen Aktion der Luftflotte der drei Länder im Kriegsfall handeln. Nach der Mitteilung des Blattes sollen nach diesem Abkommen für die englischen Bombengeschwader Luftstützpunkte auf französischem und belgischem Boden errichtet werden.

Wie „Paris Midi“ weiter zu melden weiß, sollen für den Fall, daß eines der drei Länder, die dieses militärische Luftabkommen abgeschlossen haben, angegriffen wird, die beiden anderen Länder unverzüglich mit ihren Luftflotten das andere angegriffene Land unterstützen. In dem Zweck, eine schnelle Operation vieler Geschwader ohne Zeitverlust in gewährleisten, seien Vorräte und Ersatzteile für Kriegsluftzeuge aller drei Staaten vorbereitet worden. Dieses „Luftverteidigungsbündnis“ sei von dem verstorbenen Minister des Auswärtigen Barthou im Juli d. J. vorbereitet worden, als er zu Besprechungen über den Abschluß eines Tschernomors in London weilte. Die letzten Punkte seien dann zwischen General Weygand und dem englischen Generalstab geregelt worden, als der Generalstabchef nach England hinüberfuhr, um den Kennen zu Acot beizubringen. Damals wurde der Besuch als rein privat hingestellt. Der Erfolg sei jedoch der Abschluß dieses Luftverteidigungsabkommens.

Von englischer und französischer Seite werden diese Enthüllungen des Pariser Blattes kategorisch dementiert, wobei betont wird, daß ein derart wichtiges Übereinkommen zwischen den Generalstäben der drei Länder hätte unmöglich ohne Billigung der in Frage kommenden Regierungen abgeschlossen werden können. Trotz dieses Dementis muß hervorgehoben werden, daß die Enthüllungen des „Paris Midi“ eine gewisse Wahrscheinlichkeit haben. Man erinnert sich, daß unmittelbar vor dem bekannten Besuch Weygands in London Stanley Baldwin seine bekannte Erklärung im Unterhaus abgegeben hat, in der er in überraschender und sehr nachhaltig wirkender Formulierung feststellte, daß angesichts der Entwicklung der Luftwaffe die Grenzen Englands heute nicht mehr an dem Kreisbogen von Dover, sondern am Rhein gelegen seien. Diese sensationellen Erklärungen Baldwins, die er am 31. Juli abgegeben hat, sind, wie in verschiedenen maßgebenden europäischen Zeitungen hervorgehoben wird, vermutlich unter dem Eindruck der Ereignisse des 30. Juni in Deutschland und

insbesondere unter dem Eindruck der Ereignisse des 25. Juli in Wien erfolgt.

Es muß auch daran erinnert werden, daß vor dem Weltkrieg ähnliche technische militärische Abmachungen zwischen England und Frankreich bestanden haben, die dann zwangsläufig zum Eintritt Englands in den Weltkrieg geführt haben.

Zuspaltung durch die Saarfrage

Büch, 14. Nov. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt in einem Artikel zu den Enthüllungen des „Paris-Midi“ u. a. folgendes:

„Der Standpunkt Frankreichs in der Saarfrage ist jedoch von Caval unerschütterlich behauptet worden, und da in diesem und vielleicht noch in weiteren Fällen von vornherein eine Übereinstimmung über die Rechtslage zwischen Frankreich und England und ein Gegenlag zu Deutschland besteht, befindet sich England in diesen Fällen als Garant von Anfang an an der Seite Frankreichs. Von deutscher Seite ist daher in den letzten Tagen gegenüber England wiederholt der Vorwurf der Parteilichkeit erhoben und der Verdacht ausgesprochen worden, daß es sich Frankreich politisch verbunden fühle in einem Grade, der sein normales Funktionieren als Garantmacht im Rahmen des Vercarnopakt in Frage stelle oder unmöglich mache. Gerade solche deutschen Behauptungen können die Vermutung über militärische Abmachungen genährt haben, und wenn die konkreten Behauptungen des „Paris-Midi“ auch mit äußerster Skepsis aufgenommen werden müssen, so leisten sie doch heute der französischen Politik immerhin den einen Dienst, die deutsche Diplomatie in dem Augenblick, in dem Ribbentrop in London einen neuen Vorstoß versucht, durch den Hinweis auf das weitgehende Einverständnis zwischen England und Frankreich zu entmutigen. In diesem Zusammenhang erscheint es als einer der größten Nachteile der auswärtigen Politik des „dritten Reiches“, daß Deutschland zu allen Verträgen in einem negativen Verhältnis steht und damit den früheren „Mittler“ England immer mehr als Garant an die Seite des in seinen Rechten „angegriffenen“ und die Verträge „verteidigenden“ Frankreichs zwingt. Wenn diese Konstellation und mit ihr der Vercarnopakt allmählich erkräftigt, besteht natürlich die Gefahr einer bündnistätig einseitigen Entwicklung, für die das Gerücht über die militärischen Abmachungen zwischen Frankreich, Belgien und Großbritannien charakteristisch ist.“

Große Mehrheit für Flandern

423 gegen 118 Stimmen für die Regierung

Paris, 13. Nov. Das Kabinett Flandern stellt sich am Dienstagmorgen der Kammer vor. Ministerpräsident Flan-din erklärt u. a.: „Der Burgfrieden hält an. Frankreich will den Frieden. Der Frieden ist eine ständige Eroberung; er führt sich auf die Stärke und die Gerechtigkeit. Wir wollen stark sein gegenüber denjenigen, welche den äußeren oder inneren Frieden trüben möchten. Wir werden unsere Bündnisse und Freundschaften entwickeln. Wir werden die Landesverteidigung stärken. Und wir werden im internationalen Recht die Gerechtigkeit durch den Völkerverbund suchen, der für die tödlich getroffenen Kriegsteilnehmer die Hoffnung einer Kompensation für ihre Opfer bleibt.“

Wir werden die Republik gegen alle revolutionären oder diktatorischen Unterfangen verteidigen.

Das Staatsorgan ist ein umfassendes und notwendiges Werk, von dem das Schicksal des Regimes abhängt. Die Organisation der Dienste der Ministerpräsidentenschaft wird in wenigen Tagen eine vollendete Tatsache sein, wenn Sie darin einwilligen, die notwendigen Kredite zu bewilligen. Damit wird dann die unbedingt notwendige Befehlseinheit in der Regierung gewährleistet werden.

Wir erziehen Sie alle aber hauptsächlich, den Burgfrieden zu respektieren. Gewiß erscheint uns der Wettstreit der Parteien bei der Suche nach dem Staatswohl normal in einer freien Demokratie; doch sind die Verhältnisse zur Zeit anormal.

Nach einer langen Debatte verlas der Kammerpräsident eine von dem Abgeordneten Laurent-Eynac, Delbos und Baretz eingebrachte Tagesordnung, die die Erklärungen der Regierung billigt und ihr das Vertrauen anspricht. Die Regierung der verschiedenen Fraktionen nehmen zu dieser Tagesordnung Stellung, wobei Leon Blum im Namen der Sozialisten, die sich während einer Sitzungspause entschlossen hatten, gegen die Regierung zu stimmen, erklärte, die Sozialisten seien stolz darauf, den Versuch persönlicher Machthaberer aufgedeckt zu haben. Jetzt ist die Republik wieder auf. Man sei wieder auf dem Boden des parlamentarischen Regimes angelangt, aber auf diesem Boden werde die Regierung auf den Widerstand der Sozialisten stoßen, weil diese der Ansicht seien, daß die Regierung gegen die umströmterischen Verbände der Rechten nicht neutral sein dürfe.

Der Neosozialist Renaudel erklärte im Namen seiner Partei sowie der Sozialrepublikaner, daß sie sich der Stimme enthalten würden.

Mit der riesigen Mehrheit von 423 gegen 118 Stimmen sprach sich die Kammer für die Regierung aus. Gegen die Regierung stimmten die Sozialisten und ein Teil der äußersten Rechten.

Ribbentrops Londoner Mission gescheitert

Die englische Regierung verweist auf den Völkerbund

London, 14. Nov. Auf Grund der Unterredung zwischen Ribbentrop und Vordstegelsbewahrer Eden ist der Presse folgendes Kommuniqué übergeben worden:

„Infolge einer von der deutschen Botschaft verlangten Audienz ist Ribbentrop am Montagmorgen von Eden empfangen worden. Die Unterredung dauerte drei Viertelstunden. Im Laufe der Unterredung machte Ribbentrop seinen neuen Vorschlag und die Besprechung hat keinen neuen Faktor ergeben.“

Paris, 14. Nov. Havas meldet aus London: Trotz allen vorherigen Gerüchten, die von einigen Zeitungen wiedergegeben wurden, hat der Besuch Ribbentrops im Auswärtigen Amt kein neues Element hinsichtlich der diplomatischen Lage Deutschlands gebracht.

Im Laufe der Unterredung mit Eden ist die Rückkehr Deutschlands an die Abrüstungs-Konferenz vom Sonderbevollmächtigten Ditters in keiner Weise ins Auge gefaßt worden.

Es besteht Grund zu der Annahme, daß Ribbentrop versucht hat, die deutsche Wiederaufrüstung durch die Kriegserklärungen der benachbarten Länder zu rechtfertigen; sein Unterredungspartner dürfte sich formell gegen eine solche Argumentation erhoben haben.

Dadurch, daß die britische Regierung den Vertretern des Reiches von einem englischen Minister empfangen ließ, der in den Genfer Fragen spezialisiert ist, wollte sie zeigen, daß jegliche Verhandlungen in bezug auf das militärische Statut Deutschlands nur im Rahmen des Völkerverbundes stehen könnten. In englischen politischen Kreisen wurde am Montagabend erklärt, daß Ribbentrop diese Frage nicht angeschnitten habe, weil er das offenbar sah.

Warnende französische Stimmen

Paris, 13. Nov. ag. (Havas.) Einem Mitarbeiter der Zeitung „L'Ordre“ sagte der ehemalige Ministerpräsident Doumergue: „Das „dritte Reich“ bedeutet im Grund nichts anderes als den Anschlag. Hier liegt die große Gefahr. Deutschland hat auf keine seiner Forderungen verzichtet. Es

Der Fall des Elsässers Küstner

Berlin, 13. Nov. Wir haben bereits berichtet, daß der französische Staatsangehörige elsässischer Abstammung, Franz Küstner, von dem Sondergericht in Germersheim zu schwerer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, weil er angeblich nach Deutschland illegale Schriften hinübergebracht hat. Die französische Botschaft in Berlin gibt nunmehr bekannt, daß sie bei den deutschen Behörden schon seit einiger Zeit Schritte zur Befreiung Küstners unternommen habe.

lauer auf den Augenblick, wo es Österreich und damit ganz Europa unter seine Gewalt bringen kann. Beim ersten Schwächezeichen wäre der Anschlag da. Unsere italienischen Freunde verstehen das sehr gut. Ich wiederhole noch einmal, der Anschlag ist die große Gefahr.“

„Petit Parisien“ schreibt zu den Besprechungen zwischen Vordstegelsbewahrer Eden und Ribbentrop u. a.: „In England weiß man sehr gut, daß Deutschland sich bereits von den militärischen Klauseln des Versailler Vertrages freigemacht hat, aber man scheint nicht gewillt zu sein, diese anormale Lage gleichsam zu legalisieren. Deutschland hat den Völkerverbund wegen der Frage der Rüstungsleichheit verlassen. Wenn es die Diskussion über die Angelegenheit erneut aufnehmen will, muß es vorher wieder in den Völkerverbund zurückkehren.“

Rings um den Kirchenstreit

Pfarrer Niemöller

Ein offener Brief

Seit einer Woche hat es den Anschein, als bemühe sich die Bekennende Kirche, den „Deutschen Christen“ den Rang abzulaufen in der Gunst der Reichsregierung. In Übereinstimmung damit heißt es, daß Sie ersehen seien, im Auftrag der Reichsregierung auf die Saarländer zu Hitlers Gunsten einzuwirken.

Manu Gottes, wissen Sie denn, wohin Sie die Saarländer führen sollen? Werden Sie in der Tat einen solchen Auftrag annehmen? Soll das Ansehen, das die Bekennende Kirche genießt, dazu mißbraucht werden, die Sache des Antichrist zu stärken, kurz gesagt? Ist nicht genug, daß ihr alle schweigt, ich nämlich schweigend, da wo zu reden nötig wäre, noch nötiger als in Sachen der Konfession? Oder glauben Sie wirklich, daß der Herr Jesus so sehr viel Wert legt auf die Konfession seiner Botschaft und der ihm allein zustehenden Leitung der Gewissen, wo es an der Menschlichkeit fehlt?

Ihren Bekennermut in allen Ehren, antworten Sie mir als ein Christ dem Christen — der seinen Namen verschweigen muß, um auch nur die Möglichkeit zu diesen Zeilen zu haben, angeht die von Ihrem „Nährer“ geschaffenen Zustände — antworten Sie mir, wie es sich mit Jesu Evangelium von der Feindesliebe verhält, daß die deutsche Kirche, ob evangelisch oder katholisch, schweigt zu den allen bekannten Morden, Grausamkeiten und Gemetzelungen an Juden, Polynen, Sozialisten, Kommunisten und Pazifisten, denen niemand eine andere Schuld vorwerfen kann als ihre Abtunmung oder Weigerung? Sind das keine Märtyrer, bloß weil es keine Christen sind? Nicht zu reden von den ermordeten Katholikenführern? Mögen gleich Pfarrer verhaftet und entsetzt worden sein, so ist doch nichts bekannt geworden, was an das Martyrium jener Märtyrerinnen oder Märtyrer heranreicht. Und wenn die Volkswissen noch ärger mit den russischen Christen verfahren, entbindet das die deutsche Kirche, sich der von der deutschen Kirche Verfolgten anzunehmen? Warum zeigt sie nur Bekennermut, wo es sich um ihr Bekenntnis handelt? Ist das Leben, die Ehre und die Arbeit der Unschuldigen nicht höher zu achten als aller Preis der Lippen und alle Dogmatik? Heißt das Gott ehren, an der Ausübung oder welcher Konfession immer festhalten, aber zusehn, wie das Reich der Ungerechtigkeiten wächst. Täglich ein neues Volk moralisch verurteilt wird, zur Gleichgültigkeit gegenüber dem Unrecht und zur Brutalität, zum Menschenhaß und zur Lüge erzogen?

Die ganze Welt klagt die Reichsregierung der Brandstiftung und des Mordes an, sie hat sich von diesen Anklagen nicht gereinigt und kann es nicht. Mögen die andern Regierungen schweigen und durch ihr Schweigen sich mitschuldig machen an der nahenden Barbarisierung ganz Europas — die Kirche kann und darf da nicht zusehn. Sie muß reden. Sie ist von Christus eingeleitet als das moralische Gewissen der Welt. Aber sie schweigt, schweigt keineswegs nur in Deutschland, oder begnügt sich mit einer gewissen Rückenbedeckung für die belennenden evangelischen Brüder. Vereinzelte Kundgebungen sind nicht die Stimme der Kirche oder, da diese ja keine Einheit ist, der großen kirchlichen Gemeinschaften. So könnte auch sie der Kluch Gottes treffen, der die Klagen der Gemarteten hört, trotz aller Bekennermuts. Und eher wird sich Gott eine ganz neue Kirche auferbauen, als mit dieser lau gewordenen noch weiterarbeiten, wenn sie so bleibt.

Noch einmal: Wollen Sie wirklich der Hitlerei Dienste tun? Wissen Sie nicht, was nach einem Siege Hitlers an der Saar der Kirche droht? Heute hält er sich noch zurück als Taktik und — läßt die entzweiten evangelischen Brüder sich gegenseitig müde machen. Aber der Gegenlag der Weltanschauungen bleibt. Noch immer ist Rosenbergs der geistige Leiter der Hitlerpartei. Mag Müller reden, da er seine Sache so schlecht gemacht hat, mag der Staat sich eine Welle an der Kirchenfrage desinteressieren, er wird dann um so härter zuschlagen, sobald die Dinge reif geworden sind. Und sie müssen reif werden, weil die Jugend bewußt heidnisch erzogen wird, kraft Staatsbefehls.

Nein, Bekennermut ist anders. Wenn die Kirche für wirklich Bekenner wird, dann gibt es für sie, für alle, nur ein: wider Hitler!

Militärpfarrer Müller

Zusander schreibt in der „Bayer National-Zeitung“. Der Reichsbischof Ludwig Müller hat „nach erster innerer Prüfung“ erkannt, daß er nicht von seinem Amte zurücktreten könne, weil sein Auscheiden aus der Kirche nicht den Frieden, sondern neue Unruhen bringen würde. Er hat sich mit seinen treu gebliebenen Landesbischöfen und Bischöfen beraten, und diese teilen seine Gewissensbesorgen.

Dies der Inhalt des in seiner Zeit erscheinenden Schreibens, das der Sonderbize geistliche Würdenträger nach allen für seine Autorität und sein Ansehen tödlichen Ereignissen der letzten Woche als Antwort an die angelegenen

Kirchlichen und religiösen Körperschaften gerichtet hat, die einstimmig seinen Rücktritt forderten.

Ob man diesen Brief als fast sympathisches Zeichen der humanitären Aktivität des Reichsbischofs ansehen will oder als Ausdruck eines Jähren und von keinerlei Bedenken der Wahrheitsliebe gebemmen Weltanschauung, ist weniger wichtig als die nunmehr unzweifelhafte Tatsache, daß ohne ein langwieriges Prozedere die Entfernung dieses verhängnisvollen Menschen aus der Kirchenleitung nicht mehr erreichbar erscheint. Es bekräftigt sich damit, daß die Kirchenfrage, über deren staatskluge Entscheidung durch Hitler schon gewagteste historische Vergleiche bemüht worden sind, noch sehr weit von ihrer Lösung entfernt ist.

Es ist schade, daß der Reichsbischof erst so spät sich über Frieden und Unruhe der Kirche sorgenvolle Gedanken macht. Wenn das reichsweite wäre, bevor er sich von der Staatsleitung gegen den Willen aller religiös lebenden Elemente der Kirche hätte aufdrängen lassen, so hätte viel Unheil verhindert werden können. Doch er ist für seine heutigen Bedenken gegen den Rücktritt noch ausdrücklich auf die Zustimmung jener Bischöfe beruht, die er als Genügsamgenossen von derselben mehr kramm unbeschwerten als priesterliche Haltung seinerzeit so rücksichtslos der widerstrebenden Kirche aufgeschoben hat, ist bezeichnend. Diese Zustimmung ist nicht weiter erkennlich.

Man wird dem Reichsbischof freilich jubillieren müssen, daß er nach seiner ganzen Geistesart kaum empfinden kann, wie sehr er am Platze ist. Seine Behauptungen verraten in jedem Wort ein vollkommenes Neblen tieferen religiösen Gefühls. Wer wie er seinen Gläubigen verstanden kann: „Am Karfreitag hat sich die schonungslose Sachlichkeit unseres Gottes geoffenbart“, offenbar einerseits ein derartig völliges Unverständnis der Sehnsucht des religiösen Menschen und gleichzeitig eine solche rein sabbliche Gefühlsstumpheit, daß er sich selbst das Urteil spricht.

Die Einigkeit der Kirche, wie sie sich ein alter Militärpfarrer vorstellt, haben die religiösen Deutschen nun unter Schmerzen und Stöhnen kennen lernen können und werden, wie es scheint, noch graume Zeit sich damit auseinandersetzen müssen. Daß es darüber noch eine höhere und edlere Einigkeit gibt, und daß jene hohle, äußere Anwandlung gerade die Sehnsucht nach jener höheren werden kann, beweist die eigenartig erregende Nachricht aus Berlin, daß in den dortigen katholischen Kirchen für unsere evangelischen Brüder in ihrem schweren Kampf priesterliche Fürbitte getan wird.

Der unheimliche Totalitätsanspruch erweist sich am Ende auch hier als zugehörig zum Verem jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.“

Volksgemeinschaft durch — Retusche

Königsberger Tageblatt

Königsberger Allgemeine Zeitung



Oberpräsident Gauweiler Koch mit SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski, stellw. Gauweiler Groschert und dem Adjutanten Sad beim Fest der SS im Schlageterhaus.



Das Abschlusssitz im Schlageterhaus. Bei der Feier im Schlageterhaus; Von rechts nach links: Gauweiler Oberpräsident Koch, SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski, der Adjutant des Oberpräsidenten Sad und Geschäftsführer Groschert.

Aus Stuprenken erhalten wir folgenden Brief:
Die Königsberger Zeitungen brachten am Montag, dem 22. Oktober, ausführliche Berichte über den SS-Aufmarsch, den die Provinzialhauptstadt o. i. Sonntag wieder einmal erlebte, ein Schauspiel mehr, das dem enttäuschten Volk mangels jeder Besserung seiner Lage geboten wurde. Der durch seine Weichheitsnachgiebigkeit bekannte Gauweiler und Oberpräsident Koch hielt dabei auch eine Rede, in der die so oft im Munde geführte „Volksgemeinschaft“ nicht fehlte und den „Preistreibern“ der Kampf angeblendet wurde. „Noch viel soziales Elend und viele Wunden am Volkstörper müssen geheilt werden. Solange das Volk noch aus vielen Wunden blutet, hat jeder Führer in der nationalsozialistischen Bewegung durch die andere Dokumentierung seiner inneren Haltung

Vorbild zu sein und zu beweisen, daß es ihm mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft wirklich ernst sei. Die alten Klischees dürfen sich nie wieder aufbauen.“
Also sprach P. Koch, Gauweiler und Oberpräsident, Reichstagsabgeordneter und Staatsrat, also nicht nur Doppel-, sondern Vierfachverdiener. Und wie ernst es ihm und seinen Unterführern mit der Volksgemeinschaft und mit der Verleugung der alten Klassenunterschiede ist, konnte man aus den Königsberger Zeitungen desselben Tages ersehen, wenn man sie nur aufmerksam betrachtete. Auf Seite 3 des gleichgeschalteten „Königsberger Tageblattes“ Nr. 92 vom 22. Oktober sehen wir ein Bild: da sitzt Herr Koch mit dem SS-Gruppenführer und einigen Getreuen bei der Abschlusssitzung an einem Tisch, und auf dem Tisch stehen Setztische,

Beinlaster, einige Weinflaschen, vermutlich das geforderte Vorbild der Solidarität mit der zugehandenen sozialen Not des Volkes... In der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ (2. Beiblatt der Abend-Ausgabe vom 22. Oktober) finden wir die gleiche Aufnahme des gleichen Fotografen; aber siehe da, die Großwürdenträger des Nazireichs sitzen vor einem fahlen Tisch und halten die Hände vor sich, als wollten sie Karten spielen. Die Zeitung, die mindestens 100prozentig nazionalistisch ist, hielt den Widerspruch zwischen dem Wortlaut der Rede und den Tatsachen des Bildes für zu arg und ließ einfach die Weinflaschen und Setztische wegzureinigen! So war wenigstens für die Zeitungsliefer die solidarische Volksgemeinschaft erreicht. Die Wirklichkeit freilich steht ganz anders aus...

Regierungskrise in Belgien

Brüssel, 18. Nov. Ministerpräsident de Broqueville hat heute in der Kammer erklärt, daß über das wirtschaftliche und finanzielle Wiederaufbauprogramm, zu dessen Durchführung die Kammer der Regierung Sondervollmachten bewilligt habe, im Kabinett so große Meinungsverschiedenheiten entstanden seien, daß diese Regierung das Werk nicht weiter fortsetzen könne. Er habe dem König den Rücktritt des Gesamtkabinetts überreicht. Die Minister verließen den Saal. Der Kammerpräsident hob die Sitzung auf.

Juden in Italien

Rom, 18. Nov. Anlässlich der Feierlichkeiten zum Andenken an den Sieg Italiens im Weltkrieg wurde Ingenieur Arturo de Minerbi, der sich während des Krieges als Offizier durch Tapferkeit besonders hervorgetan hat und Mitglied des Direktoriums des „Verbandes italienischer Kriegshelden“ ist, mit dem Kommandeur-Rang des Ordens der italienischen Krone ausgezeichnet. Ingenieur Arturo de Minerbi nimmt am öffentlichen jüdischen Leben in Italien eifrig Anteil. Er ist stellvertretender Vorsitzender der jüdischen Vereinigung in Rom und Vorsitzender des Hebräer-Kulturkreises. — In Turin wurde vor kurzem der großartige Bau des neuen Regierungspalastes, der ein Wahrzeichen der ehemaligen Hauptstadt des acquerwärtigen italienischen Herrschergeschlechtes, der Dynastie Savoyen, sein soll, fertiggestellt. Das für den Regierungspalast bestimmte große Porträt König Victor Emanuels wurde von dem jüdischen Maler Ercole D'Amico ausgeführt. — Der hervorragende jüdische Volkswirtschaftler, Prof. Ottavio del Vecchio, ist zum Rektor der Handelsakademie in Mailand ernannt worden. Professor del Vecchio redigierte die statistischen und volkswirtschaftlichen Teile der neuen großen italienischen Enzyklopädie und ist auch italienischer Experte für Finanzfragen beim Völkerbund.

Verbrannte Heilige in Mexiko Und in Deutschland?

Los Galas (Mexiko), 12. Nov. Alle Heiligenbilder aus den hiesigen Kirchen sind von den Behörden offiziell verbrannt worden. Aus Los Galas, im Staate Chiapas, wurden bereits kürzlich alle Priester nach Guatemala ausgewiesen. Die Polizei von Jalapa im Staate Vera Cruz verhaftete einen Priester, der in einem Privathaus eine Messe geleitet hatte.

Diese Notiz wird in der Hitlerpresse mit nicht geringer Empörung wiedergegeben. Leider wird unterlassen, auf den Unterschied zwischen Mexiko und dem „Dritten Reich“ hinzuweisen. Jenseits des Atlantischen Ozeans wurden Statuen verbrannt, in Deutschland fahrende katholische Wagen, zunächst ohne Urteil menschlins erlösen und dann den Klammern überliefert. Können die Laten von Mexiko und diejenigen von Hitler-Deutschland vor ein Gottesgericht; es ist noch die Frage, wer das mildere Urteil empfangen würde.

BRIEFKASTEN

„Freiheit und Not Front“ in S. in Baden. Der Brief ist angekommen. Seien Dank für das wertvolle hochzeitliche Stimmungsbild. Emigrantenclub 1932, Benzstraße, Nation des Reiches, 10. Grand-Place. Am Donnerstag, 13. November, um 8.30 Uhr, Vortrag in deutscher Sprache des auf einer europäischen Studientour befindlichen palästinensischen Rechtsanwaltes Dr. Bach, Tel-Aviv. Thema: „Palästina als Land der jüdischen Zukunft“. Dr. Bach, der seit 17 Jahren in Palästina lebt, wird im Anschluss an seinen Vortrag Fragen der Zuhörer beantworten, Einführung von Gästen erwünscht. Eintritt 3 Fr., Mitglieder 2 Fr., Garderobe frei.

Achtung! Deutsche im Haag. Am Montag, dem 19. November, treffen sich alle nichtdeutschnatürlichen Deutsche und Schweizer im „Deutschen Club“ zu einem Abendessen unter dem Motto: „Für Deutschland gegen Hitler“. Eintritt frei! Anmerk. Adressen laut: Deutscher Club, Restaurant „Adeinland“, Rosenstraße 3, Querkroße von Neerlandsche Centrum. Sind Sie an diesem Tage verhindert, wollen Sie aber nette Abende unter Gleichgesinnten verbringen, dann schreiben Sie an G. Müller, den Haag, Vuth. Burgwal 6.

Dr. M. Fr., Paris. Ihren Beitrag haben wir der „Saar-Volkstimme“ weitergegeben.

R. G. Sie schreiben uns: „In der ‚Deutschen Freiheit‘ ist die große menschliche und politische Verantwortlichkeit des kürzlich verstorbenen Dr. Edgar Cohn, seine Tätigkeit für das Judentum gewürdigt worden. Beinahe vergessen oder fast die letzten sieben Jahre, die Edgar Cohn im Rahmen der Arbeiten der Deutschen Liga für Menschenrechte für das Recht gekämpft hat. Im Jahre 1920, der viel Staub aufwirbelt, hat Edgar Cohn als Vorsitzender der Jüdischen Liga jahrelang die Wiederaufnahme betrieben, während Paul Levi im Parlament diesen Fall vorwärtsdrückte. Cohn, der sieben Jahre lang dem Vorstand der Liga für Menschenrechte angehörte, hat den Wiederaufnahmeantrag gefertigt, der die Grundlage des Wiederaufnahmeverfahrens wurde. Was Edgar Cohn im Rahmen der Liga für Menschenrechte geleistet hat, findet das Bild ab, das von diesem vornehmen und weisen Menschen hier schon entworfen wurde, der unermüdet ein Bekämpfer der Rechtslosen, ein Kämpfer für das Recht gewesen ist. In zahlreichen Versammlungen hat er diesem seinem kämpferischen Ideal Ausdruck gegeben. Die Liga für Menschenrechte betrachtet in ihm eines ihrer eifrigsten Mitglieder.“

Deutscher Studentenrat. Sie helfen uns folgenden Brief eines im Reichslande studierenden reichsdeutschen Studenten zur Verfügung: „Studentenleben“, ein herrliches Leben! Und vor allen Dingen noch am schönen Rhein. So denken viele Deutsche, denken vielleicht auch Sie. Darauf kann ich Ihnen sagen, daß das früher einmal der Fall gewesen war, aber heute nicht mehr der Fall ist. Sie fragen vielleicht, warum denn nicht mehr? Studentenverbindungen sind es noch. Wein und rheinisches Mädelchen sind es noch. Sie, das alles aber es noch. Das ist die Freiheit. Aber jetzt kommt der Awana. Der Samstag ist jetzt in ganz Deutschland schulfrei. Auch für uns, d. h. nur politische Schulung findet statt. Nun muß jeder deutsche arische Studierende — auch ich — im „Deutschen Hochschulstudentenbund“ sein. Andernfalls ist kein Studium weder beginnen noch vollenden kann. Und jeder Hochschulstudent muß einer Korporation angehören, SS, SA, usw. Und da kann man seine freie Zeit zur Verfügung stellen. Einmal war ich angetrieben, da hatte ich schon die Ruh verloren. Habe mich jetzt beim Hülferkurm angemeldet. Jeden Sonntag Dienst. Das ist nun die Parole. Inhalt: Götterdienst. Doch man schmecke lieber hierüber. Jedenfalls haben Sie es im Feindesland besser als ich im eigenen Land...“

Literatur

„Der Kampf“. Die internationale sozialistische Revue, die gegenwärtig in Prag erscheint, enthält in der Novembernummer die folgenden Artikel: C. Garcia Sanchez: Spaniens rote Woche. — Leo Bauer: Die Gegenrevolution und die Krise. — H. W. Haber: über Massenorganisation. — Edoard Van, Paris: Auf dem Wege zur Einheit. — Nandishan: Weltpolitik: Adolf Stummthal: Weltwirtschaft: Helene Vance: Internationaler Sozialismus: S. W.: Internationale Gewerkschaftsbewegung: E.: Aus der Sometation: C. W. — Biederich: Julius Fetsch: Putsch oder Revolution? — Beiträge zur Vorgeschichte und Geschichte der Kulturwelt. — Eugen Vautrat: Economic dirige et Socialisation. — Heinrich Mehl: Dämmern. Notizen aus Deutschland. — Zeitschriftenrennen.

Für den Gesamtkontent verantwortlich: Redaktions-Büro in Saarbrücken; für Anzeigen: Otto Ruhn in Saarbrücken; Kontoführer und Verleger: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken & Schillingstraße 4. — Schillingstraße 776 Saarbrücken.

Die „Deutsche Freiheit“

Eine unabhängige Tageszeitung Deutschlands
muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Strasse:

Ort:

..... den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 · Schützenstraße 5 · Postschließfach 776

5- bis 6-stufige Kapital-Anlage

Haus und Industrie-Gebäude

in Hauptstraße von Metz gelegen, ca 11% Verzinsung, in verk. Interessenten wenden sich unter 24189 an Agence Havas, Metz

Gutgehandelt

Konfektions-Geschäft

mit gut eingeführten Herrenartikeln in HAYANGE-France, sehr preiswert zu verkaufen. Angebote sind zu richten an die „Deutsche Freiheit“, Saarbrücken unter Nr. 1216.

Inserieren bringt Gewinn!

Eine der interessantesten Broschüren des Tages:

L. HEINZ

Der Antichrist

(Saarland-Verlag, Saarbrücken)

Dieses kleine Werk macht im In und Ausland viel von sich reden. Infolge seiner sachlichen, überzeugenden Ausführungen eignet es sich ganz hervorragend für Propagandazwecke.

Auch Sie müssen es gelesen haben.

Preis: FRANK 1,50

Demnächst erscheint die Schrift in französischer, englischer, polnischer und holländischer Übersetzung. Zu haben in der

Buchhandlung „Volksstimme“

SAARBRÜCKEN 2 · TRIERER STRASSE 24
NEUNKIRCHEN HUTTENBERGSTRASSE 41